

B
ch Museums
Fabrik
e 70/72
Billigste Preise
einhandlung
t Nachf.
e Alnunstraße
Herr
Seifen und
rie
Alnunstraße 13
E. Stephan
je 8b
nhold 2124
Wolfsburgstrasse
Alnunstraße
engeräte
enstände -
N H A R T
smatras 1100
Buschmann
49
e Ihr Kornsoße
Straßberger
17
in allen Freizeitgau
AU
er Kolbe
sdiwuren - Optik
der Straße 218
r Munze"
sße 181
e Farben
d Kelv. Sm. 111
U H T Z
errenartikel
Haus 2100
Goldschmied
u. Uhrmacher
Cuckauer Str. 20
IN
H R RÄDER
maschinen
INTER 2100
Fällmerstraße 46
tshalt
ten - Optik
sße 265 2100
ITZ
388WILL
Sonntag Ball
Blasewitz
UND TRAU
glächterei
fabrik 2100
ewitzer Str. 9
es Gebäudefab
TZ
Felix Kaisers
Mellner Str. 39
N
arl Weisse
sprecher 2100
Photographie
sstände 2100
Leder
der Welt.
mitzter Platz
93 2100
★ Fleisch- und
Wurstwaren
s. 124
reubel
Handlung
e 151
KE 2100
oren / Optik
tel. 14 451
-
3 4. Städte
Büroverwaltung
3100 Kind.
wische
Tricotagen
Kunstwaren
Gehörgeräte

Die Rote Zeitung

679

Einzelnummer 10 Pfennig

Bei Beitragsabnahmen und in allen Geschäften erhältlich

Tageszeitung der R.P.D. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat fünf Pausa 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich
2 RM. (ohne Beitragsabnahme) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-Alt. / Reichsberichterstelle und Expedition:
Ostbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Polizeidienstamt Dresden Nr. 1333, Emil Schiebel;
Schriftleitung: Dresden-Alt. Ostbahnhofstr. 2 / Fernsprech.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drucksachenamt: „Arbeiter-
stimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Montag bis 6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag) / In allen höheren
Gebäuden besteht kein Ausbruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Durchzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang

Mittwoch, den 11. August 1926

Nummer 174

Republikanischer Geburtstag

Heute feiert die Republik ihren Geburtstag. Offizielle und nichtoffizielle Redner werden sie und ihre Verfassung ausleben lassen. Reichsbannerarbeiter und demokratische Kleinbürgert werden aufmarschiert und sich für die Freiheit dieser Republik, ja in der Verfassung verantwortet, begeistern. Die Reichsorden werden von unzähligen Stangen bestimmt, und es wird eitel Freude sein im Herzen aller Republikaner. Wenn nicht über die Republik selbst, so zumindest über die Tatsache, daß sie überhaupt noch feiern dürfen.

Vor acht Jahren wurde die Verfassung geboren. Ihre Eltern waren die Bourgeoisie und die Scheidenträger, deren waren die Volksboten von Weimar, die am 11. August 1919 das zarte Kindlein Verfassung aus der Wiege hoben. Die Verfassung wurde geboren, nachdem das revolutionäre Proletariat in den Wintern und Frühjahrskämpfen niedergemacht war, als Karl und Rosa eingeklagen waren und Tausende von Arbeiterkämpfern, die nicht für diese Republik kämpften, die Erde deckte. Die Republik wurde das legitime Kind der Bourgeoisie, als diese gefeiert hatte und die Scheidenträger ihre Aufgabe erfüllt hatten: die Niederschlagung und Niederhaltung des Proletariats.

Auf 11. August 1919 „geht die Gewalt vom Volke aus“. Das Volk hat sehr viel Gewalt, und im siebenen Jahre des Bestehens der Republik gilt der Wille von 14½ Millionen weniger als der von 300 000. Das Volk hat sehr viel Gewalt, und darum dürfen die Demonstrationszüge der Republikaner am 11. August 1926 befreit werden von der Schupo. Das Volk hat sehr viel Gewalt, und deshalb ist die Schupo, wie häufig in Charlottenburg, revolutionäre Arbeiter, die sich lustig machen über die Nationalsozialisten „Deutschland, Deutschland, über alles“ mit dem Sammelmünzappel traktieren. Das ist gewissermassen die Fortsetzung der Politik Rosse mit anderen Mitteln. An die Stelle des Weißen Gewehrs ist der polizeiliche Guammünzappel getreten, an die Stelle der Freikorps traten Reichswehr und Polizei.

Heute wie damals hat die Bourgeoisie die Macht, und diese Macht organisiert. Heute wie damals wird die Arbeiterklasse unterdrückt und ausgeschöpft. Heute wie damals führt die Ausbeuterklasse ihren Klassenkampf. Was 1919 mit Straßenkampf und Erschiebung auf der Flucht begonnen wurde, wird heute fortgesetzt durch Rationalisierung,

Arbeiterentlassung, Lohnabbau, Klassen-
unterschiede und Polizeibrutalität. Die Methoden wurden anders, der Inhalt blieb der gleiche.

Für uns, die revolutionäre Arbeiterschaft, besteht kein Anlaß, den Geburtstag dieser Republik zu feiern. Für uns kann dieser Tag höchstens ein Tag der Rache sein, um dem wir Bilanz ziehen über den Weg, den wir zurückgelegt haben. Das wird uns helfen beim Vormärzschreiten.

Wie werden den Geburtstag einer Republik feiern, wenn diese Republik unsere Republik ist?

Die Polizei der Republik schlägt auf Arbeiterdemonstranten

Neue Polizei-Attacke in Berlin. — 20 Personen verletzt, 16 verhaftet.

Berlin, 11. Aug. (Sig. Drahtbericht.) Die Berliner Polizei hat anlässlich des 11. August, feierlichen Tag ohne Schießerei an die Arbeiter vorgehen zu lassen. Auch gaben werden Radabfahrt gegen Arbeiter gehalten. Die Rote Hilfe und die ihr angehörenden Organisationen hatten zu Protestveranstaltungen und Demonstrationen gegen den weißen Terror und die Freiheitsschaffung der politischen Gefangenen aufgerufen. Aus dem Demonstrationszug in Wedding wollte die Polizei einige Transporte beschlagnahmen. Die Genossen gingen davon, die Transparente seien zu zerreißen, was den kommandierenden Polizeioffizier in jolche Wut versetzte, daß er befahl, den Zug sofort aufzulösen und drohte, daß, wenn die Straße nicht in 2 Minuten geräumt sei, die Beamten den Befehl erhalten, von der Schuhwaffe Gebrauch zu machen. Die Polizeibeamten gingen mit Guammünzappeln gegen die Demonstranten vor und drängten sie in einige Nebenstraßen, wobei natürlich ein Schüsse entstanden. Dieser Augenblick benutzte der Polizeioffizier, um das Feuer eröffnen zu lassen. So wurden 20 Personen verletzt und 16 verhaftet. Die Rote Hilfe schreibt dazu: „Das internationale provozierende Verhalten der Polizeioffiziere ist so empfindlich, daß Worte fehlen, um es ausdrücken zu brandmarken. Jeder sieht deutlich, daß die Polizei mit diesen Methoden einen ganz bestimmten Zweck verfolgt. Man sieht, daß die kommandierenden Polizeioffiziere ganz bestimmte Anweisungen haben. Man will Blutbäder provozieren. Man will durch brutales, blutiges Niederschlag von Demonstranten einen Vorwand zu noch schwererer politischer Unterdrückung der Arbeiterklasse schaffen. Auch die Lügenhekte der sozialdemokratischen Presse, die sie auf Beichtschriften und die von Tag zu Tag gestiegert wird, zeigt, daß nach bestimmtem System provoziert und gemacht wird... Am heutigen Tage werden sozialdemokratische Führer die Arbeit über die „freie“ Verfassung der Welt halten. Am Vorabend des Friedensfestes hat die deutsche Bourgeoisie dem Berliner Proletariat gezeigt, was diese Verfassung ist.“

Vor der Landeskongress der Erwerbslosen Sachsen

Morgen wird in Dresden der Landeskongress der Erwerbslosen Sachsen zusammengetreten. Wie wir erfahren, hat die Reichsregierungskommission der R.P.D. auf Drucken des Provisorischen Landesausschusses der Genossen Siegfried Rädel als Referenten für die Landeskongresskonferenz bestimmt. Die Kommission der R.P.D. im Sächsischen Landtag entsendet ebenfalls auf Anforderung des Provisorischen Landesausschusses ein Mitglied. Von der Kommission vorstand wurde Genosse Lieberath bestimmt, der über die jetzige Lage der Erwerbslosen zu sprechen wird.

Der Provisorische Landesausschuss der Erwerbslosen hält hoch an der Tatsache, daß ein großer Teil der Delegierten zur Landeskongresskonferenz Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind, nicht nur an die Reichstags- und Landtagsfraktion der R.P.D., sondern auch an die sozialdemokratischen Fraktionen.

Auch an die sozialdemokratischen Fraktionen gewandt. Bis jetzt scheint eine Zustimmung seitens der SPD hinsichtlich der Gestellung von Referenzen nicht erfolgt zu sein. Wir können dabei auch daran, daß die Leipziger Polizeistellung vor nicht ganz zwei Wochen die Kommunisten der mangelnden Aktivität in der Mobilisierung der Erwerbslosen beschuldigt. (Wir schreiben auf diese Neugierde der „Leipziger Polizei“ noch an einer anderen Stelle hinzu.) Die Kommunisten haben insbesondere in Sachsen den linken Sozialdemokraten nicht nur einmal Gelegenheit gegeben, für die Besserung der Lage der Erwerbslosen nicht nur parlamentarisch, sondern auch außerparlamentarisch einen authentischen gemeinsamen Kampf zu führen. Bislang handen im Kampf um die berechtigten Forderungen der Erwerbslosen die Kommunisten allein. In den Gewerkschaften, die bereits waren, die Lebensinteressen des reichen industriellen Reservebesitzes der Ausbeuter zu wahren und nicht nur gegen eine weitere Verschärfung der Lebensbedingungen der Arbeitslosen zu kämpfen, sondern den Kampf aufnehmen müssen gegen die immer stärker werdende Bereitstellung der Opfer der kapitalistischen Rationalisierung, haben die linken Sozialdemokraten im Bunde mit den rechten Republikanern nicht nur die Bildung freigewerkschaftlicher Erwerbskantone und die Organisierung der Erwerbslosen angeleitet, sondern auch einen ernsthaften Kampf für die Verbesserung der Lage der Arbeitslosen unterlassen.

Jetzt, wo die Landeskongresskonferenz vor der Tür steht, wurde die SPD eingeladen, zu dieser wichtigen Tagung ihre Vertreter zu entsenden. Die Ablehnung dieser Forderung des Provisorischen Landesausschusses der Erwerbslosen würde die ganze Scheinhilflosigkeit und Schwäche der verkleiderten Angreifer entblößen, mit denen die SPD, insbesondere das schwärende Organ der Linken, die „Leipziger Polizei“ und den Kampf der Kommunisten für die Erwerbslosen zu verdächtigen versucht.

Für die Kommunistische Partei ist es eine Selbstverständlichkeit, daß auch der Landeskongress in Sachsen ihre größte Unterstützung erhält. Das ist nur die logische Fortführung der Politik der R.P.D., die jetzt jeder die Interessen der Erwerbslosen vertheidigt und sich immer zum Anwalt der Ausgebeuteten und Unterdrückten macht.

Die sozialdemokratischen Arbeiter werden gut tun, mit erhöhter Aufmerksamkeit die Stellungnahme ihrer Führer der Linken wie der rechten zu beobachten. Trotz aller Heile darf und wird es für sie kein Bedenken geben. Ihre Lösung muß lauten:

Für die gemeinsame Mobilisierung der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen.

Für die Landeskongresskonferenz der ländlichen Erwerbslosen.

Verhandlungen — — —

Wie der „Vorwärts“ in seiner gestrigen Morgenausgabe berichtet, haben am Montag zwischen den Spartenverbänden der Gewerkschaften und dem Reichsarbeitsministerium Verhandlungen über das sogenannte Arbeitsbeschaffungsprogramm stattgefunden, in denen von den Gewerkschaftsvertretern angeholt des Rückgangs der beschäftigten Rostandsarbeiter und eine sofortige Durchführung der vorgesehenen Rostandsarbeiten und eine sofortige Verlängerung der Unterstützungsmauer für die Arbeitslosen verlangt wurden. Lieber das Ergebnis der Verhandlungen läuft der „Vorwärts“ nichts voran.

Erwerbslose und Kongress der Werktätigen

Der Ruf der Kommunistischen Partei nach einem Kongress der Werktätigen hat im ganzen Reich in allen Schichten der Arbeiterschaft ein lebhaftes Echo gefunden. Dies bereits jetzt, Monate vor der Abhaltung des Kongresses, vor der Einleitung einer großzügigen, alle Schichten des werktätigen Volkes umfassenden Revolution, zu der sich die aktivsten Teile der deutschen Arbeiterschaft vorbereiten.

An dieser Stelle werden in den nächsten Wochen und Monaten alle Probleme des Kongresses behandelt werden, von der es mit in erster Linie abhängt, ob der Kongress sein Ziel erfüllen wird, die Millionenmassen des deutschen Proletariats nicht nur zu mobilisieren, sondern geschlossen in alle Kämpfe zu führen, die die Revolution und die Offensive der Bourgeoisie der Arbeiterschaft aufzuwingen; das ist die Einheitsfront für den Kongress. Die entscheidende politische Bedeutung dieser Frage für den Kongress wird dadurch ihren Ausdruck finden, daß die Delegationen der Erwerbslosen zum Kongress bereits kurz vor seiner Tagung besonders zusammengefaßt und für den Kongress vorbereitet werden.

Die Erwerbslosen sind jener Teil der deutschen Arbeiterschaft, der von den Schlägen der Rote am schwärmsten getroffen wird, deren Kampftakt jedoch allein nicht genügt, um den Kampf gegen die Nationalisierung des Großkapitals erfolgreich aufzunehmen. Eine Mobilisierung ausschließlich der Erwerbslosen, selbst wenn sie in dreifachen Umfang gelingen würde, ist keines ausreichende Kraft für die Durchsetzung der kapitalistischen Obrigkeit, solange es nicht gelingt, die Arbeiter in den Betrieben ebenfalls zum Kampf zu mobilisieren. Mit dem Kampf der Erwerbslosen um Erhöhung der Unterstützung, gegen die betriebliche Erwerbslosigkeit, für die Wiederaufnahme in die Betriebe muß der Gegenstoß der Arbeiter in den Betrieben gegen Verkürzung der Ausbeutung, Lohnabbau, Niederschichten- und Überstundenzuwelen verbündet werden. Der wirtschaftliche Kampf muß gleichzeitig als politischer Kampf gegen die gesamte Bourgeoisie geführt werden, eine Mobilisierung aller Werktätigen gegen Steuer- und Zollabfuhr, Arbeitszeitgesetz, Differenz und Unterordnung, Fürttemabfindung und die gesamte reaktionäre Staatsmacht ist die dringendste Notwendigkeit.

Der Kongress der Werktätigen ist ein Teil dieser Mobilisierung. Er soll die revolutionären Kräfte mobilisieren, er ist nicht das Ziel, sondern eine Station auf dem Wege der Sammlung der deutschen Arbeiterschaft im Kampf gegen die Bourgeoisie. Die Erwerbslosen wird auf dem Kongress eine der wichtigsten Fragen sein. Aber die Aussagen der Erwerbslosen sind nur ein Teil des allgemeinen Aktionsprogramms gegen die Verleumdungspolitik der deutschen Großbourgeoisie, es gilt, nicht nur gegen die Auswirkungen der Rote zu kämpfen, sondern den Kampf gegen die Ursache der Rote, das kapitalistische Produktionsmonopol aufzunehmen. Und zwar aufzunehmen an dem Punkt, wo viele Produktionsmonopole an werden, wo die deutsche Arbeiterschaft erneut als Widerstand gegen die Betriebsabstellungen, gegen die Verkürzung der Ausbeutung der noch im Betrieb Sehenden, gegen Teuerung, Zoll- und Steuerauf, gegen Fürttemabfindung, gegen die Diktaturpläne und die Diktaturoberbefehlungen, mit der Lösung: gegen Bürgerkrieg und Hindenburg-Regiment, gegen Nationalisierung und Lohnabbau den Blod aller Werktätigen, die Einheitsfront des Proletariats im Bunde mit dem verarmten Mittelstand und den kleinen Bauern.

Ein Kongress der die Vertreter der wichtigsten Betriebe, der Arbeiter in den Gewerkschaften mit den Erwerbslosenvereinigten vereinigt, ist mehr als ein reiner Erwerbslosenkongress. Während die Bourgeoisie verucht, die Arbeiterschaft in verschiedene Lager zu spalten, durch die industrielle Relevanznormen der Erwerbslosen den Druck auf die Arbeiter in den Betrieben zu verstärken und durch die Drohung der Stilllegung den Widerstand gegen die Nationalisierung zu brechen, während sie durch die Staffelung der Erwerbslosenunterstützung die Erwerbslosen selbst spalten und gegeneinander auspielen will, muß jeder Kampf der deutschen Arbeiterschaft gegen die Universalherrschaften ausgehen von einer Zusammenfassung der Kräfte, vom Zusammenschluß der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter, vom Aufstellen eines gemeinsamen politisch-wirtschaftlichen Kampfprogramms, bei dessen Durchführung die Gesamtkraft der deutschen Arbeiterschaft eingesetzt werden muß. Deshalb ist allein der Kongress der Werktätigen imstande, die verschiedenen Ansätze zum Widerstand gegen Nationalisierung und Verleumdung zusammenzufassen, zu verstärken, in das breite Netz einer revolutionären Massenbewegung zu lenken.

Die tägliche Erfahrung lehrt jedem Arbeiter, daß dieser von den Kommunisten gezeigte Weg der einzige ist, nicht nur zur Durchsetzung der Forderungen der Erwerbslosen, sondern zur Fortführung des ganzen Kampfes der Arbeiterschaft. Aber nicht das allein: Auch die Werte der Betriebe und Sabotage, des Klassenkampfes gegen den Kongress zeigt den richtigen Weg. Die sozialdemokratische „Leipziger Polizei“ läuft am 28. Juli:

„Warum dürfen die Kommunisten abgelehnt von einigen lokalen Veranstaltungen, feiern Reichsarbeiterschaftenkongress verankert? Warum müssen sie sich auf die Kammerparteien eines Kongresses der Werktätigen beziehen? Weil die Mobilisierung der Kräfte, die in den mehr als zwei Millionen Arbeiterschaften ruhen, revolutionäre Bewegungen im Gefolge haben müsste, und diese können die Gewalthaber nicht gebrauchen.“

So sprechen jene „Auten“ Sozialdemokraten, deren einzige Funktion in der Arbeiterschaftsbewegung darin besteht, jede revolutionäre Bewegung unmöglich zum im Keime zu erkennen. Werk ist hier was, Erwerbslose!

Die Sozialdemokraten haben in Sachsen nicht nur Mittel der Kommunisten auf Errichtung der Unterstüzung abgezogen, sondern auch alle Maßnahmen der Gewerkschaftsinstanzen untergraben, die gegen die Mobilisierung der Erwerbslosen in Demokratie läuft, der „Vorwärts“ nichts voran.

Klassen, Erwerbslosenausfällen und Erwerbslosenkonsernen gerichtet waren. Die Einheitsfront zwischen Erwerbslosen und noch Arbeitenden wird auch diesen demagogischen Manövern ein Ende bereiten. Der müde Feldzug gegen den Kongress der Werktagen, den die SPD-Führer — auch hierin gehen Rechte und Linke zusammen — begonnen haben, wird in den kommenden Wochen verschärft fortgesetzt werden. Denn dieser Kontrakt bedeutet die gezielte Mobilisierung der deutschen Arbeiterklasse, er schafft der parlamentarischen Klassenpolitik, der offenen und nun verstießen Koalition mit der Bourgeoisie, wie sie die sozialdemokratischen Führer — auch hierin gehen Rechte und Linke zusammen — begegnen haben, wird in den kommenden Wochen verschärft fortgesetzt werden. Denn dieser Kontrakt bedeutet die gezielte Mobilisierung der deutschen Arbeiterklasse, er schafft der parlamentarischen Klassenpolitik, der offenen und nun verstießen Koalition mit der Bourgeoisie, wie sie die sozialdemokratischen Führer — auch hierin gehen Rechte und Linke zusammen — begegnen haben, wird in den kommenden Wochen verschärft fortgesetzt werden. Denn dieser Kontrakt bedeutet die gezielte Mobilisierung der deutschen Arbeiterklasse, er schafft der parlamentarischen Klassenpolitik, der offenen und nun verstießen Koalition mit der Bourgeoisie, wie sie die sozialdemokratischen Führer — auch hierin gehen Rechte und Linke zusammen — begegnen haben, wird in den kommenden Wochen verschärft fortgesetzt werden. Denn dieser Kontrakt bedeutet die gezielte Mobilisierung der deutschen Arbeiterklasse, er schafft der parlamentarischen Klassenpolitik, der offenen und nun verstießen Koalition mit der Bourgeoisie, wie sie die sozialdemokratischen Führer — auch hierin gehen Rechte und Linke zusammen — begegnen haben, wird in den kommenden Wochen verschärft fortgesetzt werden.

Alle Männer der sozialdemokratischen Führer werden diesen Marsch nicht verhindern können. Weder die alten Phrasen Grispiens, noch die „radikalen“ Wünsche der sogenannten linken Linien werden die Umgruppierung im Lager des deutschen Proletariats verhindern; die Verhärtung der Klassengegenseite führt die sozialdemokratischen Arbeiter ins Lager der proletarischen Einheitsfront und bereitet die Isolierung der offenen und verschwommenen Herrscher der Bourgeoisie vor. Die geschlossene, zielbewusste und unheirliche Arbeit der Kommunistischen Partei wird das deutsche Proletariat mobilisieren und die unausweichlichen revolutionären Kämpfe vorbereiten.

Eine der wichtigsten Lösungen für den Kongress lautet: Die ganze Arbeiterklasse für den Kampf der Erwerbslosen!

Tagesordnung der Landeskonferenz der Erwerbslosen Sachsen am 12. August in der „Reichskrone“, Dresden.

Wie uns vom Provisorischen Landesausschuss der Erwerbslosen mitgeteilt wird, ist für die morgen stattfindende Landeskonferenz folgende Tagesordnung vorgelebt:

1. Wahl des Präsidiums.
2. Begehungsaufnahmen.
3. Die politische und wirtschaftliche Lage. Referent: Siegfried Nübel, M. d. R.
4. Der Kampf der Erwerbslosen in Sachsen. Referent: A. Lieberach, M. d. L.
5. Diskussion über beide Referate.
6. Die nächsten Aufgaben der Erwerbslosen. Referent: B. Dornberger, Leipzig.
7. Anträge und Wahlen.

Geschäftsordnung: Eröffnung der Konferenz 9.30 Uhr vormittags, Referate je 1 Stunde, Diskussionsredner je eine Viertelstunde, Schlusswort der Referenten 30 Minuten. Nach dem Referat des Genossen Lieberach Mittagspause. Schluss der Konferenz abends 7 Uhr.

Abgeltung wird durch Hochheben des Delegiertenausweises.

Kreisverbandskonferenz in Gohl

Wie uns aus Gohl berichtet wird, sind am Sonnabend in Gohl eine Kreisverbandskonferenz statt, die aus 28 Ortschaften mit 82 Delegationen besichtigt war, die 3718 Erwerbslose vertraten. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der der Thüringer ADGB aufgefordert wird, sofort eine Landes-Erwerbslosenversammlung einzuberufen, die zum Erwerbslosenproblem in der heutigen Wirtschaftslage Stellung nehmen soll. Weiter wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die sich gegen den neuen Entwurf der Erwerbslosenfürsorge ausspricht.

Bürgerliche Erkenntnis über die Justiz

Der unbeschuldigt in Haft gehaltene Magdeburger Fabrikant Haas hat während der Zeit seiner Haft ein Tagebuch geführt. Das Tagebuch gibt gewisse Erkenntnisse und Beweise über unsere Staatsjustiz, wobei man bedenken muss, dass Rudolf Haas jedoch Mitglied der herrschenden Klasse ist. Am 13. Tage seiner Haft finden wir folgende Erkenntnis:

„1. Juli: Ich muss immer denken, welches Glück ich noch habe, denn meine Familie steht in der Lage ist, gut ohne mich auszukommen. Was wird aus Familien, deren Familienvater in Untersuchungshaft kommen, und die nicht genug Geld haben, um die Familie zu versorgen?“

Diese Frage steht vor der Arbeiterklasse schon lange, und es bedurfte nicht erst der Erkenntnis des Rudolf Haas, um das Problem aufzuzeigen. Aber die bürgerliche Klasse, deren Mitglied Rudolf Haas ist, geht an diesem Problem vorbei; beachtet doch nur die Notwendigkeit, republikanische Protesten in Untersuchungshaft zu stellen. Was aus der Familie wird, ist ihr egal. Sie mag zugrunde gehen.

Der Bürger Haas hat Erkenntnisse gewonnen. Man täusche sich nicht über ihren Wert. Die bürgerliche Klasse wird fortan, die Arbeiter hinter Gitter zu setzen, wenn auch vereinzelt Haas in seinem Tagebuch unter dem 4. Juli schreibt: „Jeder ver-

Verbotenes Brot

Von Albert Daudister.

Morgendämmerung liegt in der weiten Ebene. Die kleine Einsilbe in der ehemaligen Klostermauer, welche das Gefängnis einschließt, höfnet sich. Sechs Sträflinge steppen still ins Gelände. Ihr Wärter folgt. Draußen am Weideplatz liegt Holz.

Bald ächzen die Sägen. Menschen leuchten. Der Gefangene, auf einer Höhe seinen Mannenführern hoch und reicht sie die Hände. Der erste Riegel fällt. Es wird hell. Ostwind reinigt das Atmament von grauen Wolkenzeichen. Schwerfällig überfliegt ein Schwarm Krähen die Strafanstalt und den Holzplatz. Sie kreischen.

Die Gefangenen schauen zum Himmel. Alle hörten dem herannahenden Kügelchtag der Krähen. Und die Apokalypse lacht in die bleichen Gesichter. Sie ist wortlos.

„Weiterarbeiten!“ Und wieder ächzen die Sägen gleichmäßig in einem fort. Ein Gefangener packt die Axt und schüttelt sich: „Brot!“ Dann holt er aus. Seine Schläge tönen mutig. Endlich fällt der sonstige Riegel gepolstert. Der Sträfling fährt: „Ah!“ und knurzt: „Wäre es bloß schon Abend!“

Allmählich wird die wilde Sonne qual. Denn Hunger siebert in den Schädeln der Gefangenen. Immer rascher fallen die Arthiebe. Immer lauter stöhnen die Menschen. Brot, Brot, nur Brot!

Hunger ist Gier geworden. Die Uhr der Gefängnisstrafe schlägt. Der Aufseher befiehlt: „Frühstückspause!“

Die Sträflinge wenden der Sonne den Rücken, hocken sich auf Holzklötzte und sterben regungslos zu Boden, ke lauschen dem Schnauben ihres Wärters. Und geifern. Hunger veringt mehr als Nein.

Ein Gefangener räuspert sich und flucht. Der Aufseher zeigt in sein Brot und mahnt: „Sprechen ist verboten!“

Nieder schlägt die Kirchenpforte.

„Weiter...!“ Müde erscheinen sich die Sträflinge. Sie wischen ihre Stirn. Und arbeiten. Stunde um Stunde verarbeit. Qual steigt. Die Menschen zittern. Dann endlich ist's Mittag.

Frühlingswarm scheint die Sonne. Mit gesenktem Haupt, die Arme hochgehoben, lassen die Gefangenen wieder nach dem Holzplatz. Mürrisch stehen sie am Holzloch und Sägebett. Staub schwemmt sie zum Horizont.

mögliche Mensch sollte einmal ein paar Tage in eine Zelle eingesperrt werden wie ich, dann würde alles anders.“ Ein frischer Wind weht. Die Ausführung dieses Wunsches wird der Arbeiterschaft. Die bürgerliche Gesellschaft wird das Kloster vorbehalten sein. Die bürgerliche Gesellschaft wird das nicht tun.

Endlich!

Berlin, 11. August. (Eigener Drahtbericht.) Der Disziplinar- und Strafgerichtsgericht Naumburg hat beschlossen, ein Disziplinarverfahren gegen den Magdeburger Unterhauptungsrichter Kötting einzuleiten. Dabei wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß dieser Schluß auf Initiative des Naumburger Senats und nicht auf Antrag des preußischen Justizministeriums erfolgt ist. In der amtlichen Begründung ist der Schluß auf Einleitung des Verfahrens noch nicht bekanntgegeben worden.

Eine neue Ohrfeige

Lansbury für den „Vorwärts“. London, 9. Aug. Lansburys Wochenschrift veröffentlicht den folgenden offenen Brief an die Redaktion des „Vorwärts“:

„Gestatte Herrn! Unser letzter Offener Brief, in dem wir Ihnen „Kaufmännische“ bezeichneten, daß Sie den britischen Bergarbeiter die Kapitalisation empfehlen, scheint Ihnen sehr peinlich gewesen zu sein. Das ist nicht gut. In Ihrer Antwort schreiben Sie:

„Lansbury kann nicht mehr zu den verantwortlichen Führern der englischen Arbeiterpartei gerechnet werden. Der beste Beweis dafür liegt darin, daß vor fünf Jahren die Arbeiterpartei die finanzielle Unterstützung des Daily Herald nur unter der Bedingung übernahm, daß Lansbury von dem Posten als Chefredakteur zurücktritt. Das ist wirklich so geschehen.“

Wenn Sie unter „verantwortlich“ bestreitlich und „bürgerlich“ meinen, so haben Sie recht. Aber wenn Sie bei der Angabe von Tatsachen etwas vorhalten. Als die Arbeiterpartei den Daily Herald übernahm, hat Sir Lansbury gebeten, und zwar nicht einmal, sondern häufig, auf dem Posten als Chefredakteur zu bleiben. Aber offenbar ist unter Verächtigung gar nicht nötig. Wenn Sie schreiben am Ende Ihrer Darstellung zu schreiben: „Das ist wirklich so geschehen!“ Der beste Beweis dafür, daß Sie selbst die Wahrheit in Ihren Behauptungen an zweifeln.“

Mit bestem Gruß Lansburys Wochenschrift.“

Die Folgen des Abbruchs des Generalstreiks

Während die englische Regierung nach dem Abbruch des Generalstreiks durch den Generalrat der englischen Gewerkschaften draußen und drinnen ist, eine Position der Arbeiterklasse nach der anderen zu nehmen, geht sie verhärtet auf dem bisherigen Wege vor. Die Vertretung der Rechte der britischen Arbeiterklasse weiter. Das „Achtundundertengroschen“ ist bereits eine Tatsache, womit man auch den Bergarbeiter ihre bisherigen Sicherheitsarbeitszeiten räumen will. Auch das Gesetz gegen die Beamten ist durchgeführt. Nunmehr soll der Hauptrichter geführt werden. Sensationelle Einzelheiten werden der „Königlichen Zeitung“ (siehe Ausgabe 52) aus London über das geplante Anti-Gewerkschafts- und Streitgefecht der englischen Regierung wie folgt mitgeteilt:

Die „Westminster Gazette“ ist in der Lage, den näheren Inhalt der Geheimsitzung mitzuteilen, wodurch die Regierung die Rechte der Gewerkschaften behindern will. In erster Stelle sollen die Gelder der Gewerkschaften geteilt werden in solche, die zu Wohlfahrtszwecken für die Angestellten bestimmt sind, und in solche, die als Streitgelder dienen. Die letzteren sollen im Falle eines ungünstigen Zustandes beschlagnahmt werden können. In zweiter Stelle sollen unter Auflösung der Wettbewerb in dem Gewerkschaftsgesetz von 1871 die Ma-



Der Aufseher schlüpft aus seinem Mantel. „Anfangen, los! Grübeln sonst ihr nichts!“

Die Sträflinge folgen, lehnen und denken nicht an ihre Arbeit. Denn sie hungrigen nach Freiheit. Erinnerungen spielen in ihrem Hirn, aber immer wieder, wenn ein Riegel fällt, erschreckt sie die Ereignisse.

Der Aufseher patrouilliert hin und her.

Schon beobachtet ihn ein Gefangener. Dann, als ihm der Wärter den Rücken zukehrt, fragt er verdeckt seinen Leidensgenossen, der ein frisches Schot Holz auf den Sägebett geworfen hat:

„Wie spät mag sein?“

Der Aufseher antwortet ärgerlich:

„Warum erinnest du mich an die Zeit?“

Beide sehen die Säge an. Der am Holzloch kniet:

„Wie Stein...“

Beruhigt ruht der Schleihändler:

„Not ist hart!“

Der Dieb murrt: „Sissi!“

Der Gefangenensieger nähert sich.

Immer tiefer sinkt die Sonne.immer höher wird der Haufen Kleinhölzer. Der Wärter ruht. Die Sträflinge dampfen. Denn die Lust ist fast. Wieder schlägt die Uhr der Gefängnisstrafe.

„Gehei!“

Die Gefangenen sinken auf den harten gespaltenen Holz.

Und frieren.

Bald ächzen wieder die Sägen. Die letzte Stunde des Tages nähert sich ihrem Ende.

Zusammenräumen!“

Leben durchdrückt die Ausgemergelten. Denn drüber am Himmel zieht liegender Mensch, der Kummer kennt, Brot.

Die Sträflinge raffen das Holz zusammen und schließen lauernd nach der Nahrung.

Der Mensch auf der Straße wirkt. Wie vom Teufel gesetzlich, schnellen die Gefangenen hoch und rennen.

Ein wilder Knäuel entsteht. Die Sträflinge liegen auf,

einander und rauhen um die Beute.

„Im Nu fällt ich der Aufseher. Erst ich!“

„Halt, halt — halt!“

Die Haltungsträger springen auf. Der Aufseher sieht das Brot. „Brot!“ windt er:

„Halt!“

Jagdhund leckt der Gefangene Rojas. Seine Augen sind feucht, das Gesicht und die Hände erschunden. Er sitzt;

die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern sollten, also ihrer Interessen dienen. Zum dritten sollen die Gewerkschaften für einen Unternehmer, einen derartigen Betrieb einzutragen, erlaubt werden. An vierter Stelle will die Staatssicherheit das Streitpostensteuer in Waffen versetzen. Sie sollen die Arbeiter nicht in ihren Wohnungen ausstellen, dürfen, und sie sollen den Arbeitern nicht in den Wohnungen ausstellen, noch die öffentlichen Zugänge zu den Fabriken sperren dürfen. Über die Frage, ob vor jedem Ausgang eine geheime Abrechnung unter den Arbeitern vorgenommen werden soll, ist die Meinungen auseinander.“

Das sind die Folgen nach dem Abbruch des Generalstreiks, durch den die kämpfenden Bergarbeiter im Süden England erzwungen werden müssen. Zum dritten sollen die Gewerkschaften für einen Unternehmer, einen derartigen Betrieb einzutragen, erlaubt werden. An vierter Stelle will die Staatssicherheit das Streitpostensteuer in Waffen versetzen. Sie sollen die Arbeiter nicht in ihren Wohnungen ausstellen, dürfen, und sie sollen den Arbeitern nicht in den Wohnungen ausstellen, noch die öffentlichen Zugänge zu den Fabriken sperren dürfen. Über die Frage, ob vor jedem Ausgang eine geheime Abrechnung unter den Arbeitern vorgenommen werden soll, ist die Meinungen auseinander.“

Dies sind die Folgen nach dem Abbruch des Generalstreiks, durch den die kämpfenden Bergarbeiter im Süden England erzwungen werden müssen. Zum dritten sollen die Gewerkschaften für einen Unternehmer, einen derartigen Betrieb einzutragen, erlaubt werden. An vierter Stelle will die Staatssicherheit das Streitpostensteuer in Waffen versetzen. Sie sollen die Arbeiter nicht in ihren Wohnungen ausstellen, dürfen, und sie sollen den Arbeitern nicht in den Wohnungen ausstellen, noch die öffentlichen Zugänge zu den Fabriken sperren dürfen. Über die Frage, ob vor jedem Ausgang eine geheime Abrechnung unter den Arbeitern vorgenommen werden soll, ist die Meinungen auseinander.“

Dies sind die Folgen nach dem Abbruch des Generalstreiks, durch den die kämpfenden Bergarbeiter im Süden England erzwungen werden müssen. Zum dritten sollen die Gewerkschaften für einen Unternehmer, einen derartigen Betrieb einzutragen, erlaubt werden. An vierter Stelle will die Staatssicherheit das Streitpostensteuer in Waffen versetzen. Sie sollen die Arbeiter nicht in ihren Wohnungen ausstellen, dürfen, und sie sollen den Arbeitern nicht in den Wohnungen ausstellen, noch die öffentlichen Zugänge zu den Fabriken sperren dürfen. Über die Frage, ob vor jedem Ausgang eine geheime Abrechnung unter den Arbeitern vorgenommen werden soll, ist die Meinungen auseinander.“

Dies sind die Folgen nach dem Abbruch des Generalstreiks, durch den die kämpfenden Bergarbeiter im Süden England erzwungen werden müssen. Zum dritten sollen die Gewerkschaften für einen Unternehmer, einen derartigen Betrieb einzutragen, erlaubt werden. An vierter Stelle will die Staatssicherheit das Streitpostensteuer in Waffen versetzen. Sie sollen die Arbeiter nicht in ihren Wohnungen ausstellen, dürfen, und sie sollen den Arbeitern nicht in den Wohnungen ausstellen, noch die öffentlichen Zugänge zu den Fabriken sperren dürfen. Über die Frage, ob vor jedem Ausgang eine geheime Abrechnung unter den Arbeitern vorgenommen werden soll, ist die Meinungen auseinander.“

Dies sind die Folgen nach dem Abbruch des Generalstreiks, durch den die kämpfenden Bergarbeiter im Süden England erzwungen werden müssen. Zum dritten sollen die Gewerkschaften für einen Unternehmer, einen derartigen Betrieb einzutragen, erlaubt werden. An vierter Stelle will die Staatssicherheit das Streitpostensteuer in Waffen versetzen. Sie sollen die Arbeiter nicht in ihren Wohnungen ausstellen, dürfen, und sie sollen den Arbeitern nicht in den Wohnungen ausstellen, noch die öffentlichen Zugänge zu den Fabriken sperren dürfen. Über die Frage, ob vor jedem Ausgang eine geheime Abrechnung unter den Arbeitern vorgenommen werden soll, ist die Meinungen auseinander.“

Dies sind die Folgen nach dem Abbruch des Generalstreiks, durch den die kämpfenden Bergarbeiter im Süden England erzwungen werden müssen. Zum dritten sollen die Gewerkschaften für einen Unternehmer, einen derartigen Betrieb einzutragen, erlaubt werden. An vierter Stelle will die Staatssicherheit das Streitpostensteuer in Waffen versetzen. Sie sollen die Arbeiter nicht in ihren Wohnungen ausstellen, dürfen, und sie sollen den Arbeitern nicht in den Wohnungen ausstellen, noch die öffentlichen Zugänge zu den Fabriken sperren dürfen. Über die Frage, ob vor jedem Ausgang eine geheime Abrechnung unter den Arbeitern vorgenommen werden soll, ist die Meinungen auseinander.“

Dies sind die Folgen nach dem Abbruch des Generalstreiks, durch den die kämpfenden Bergarbeiter im Süden England erzwungen werden müssen. Zum dritten sollen die Gewerkschaften für einen Unternehmer, einen derartigen Betrieb einzutragen, erlaubt werden. An vierter Stelle will die Staatssicherheit das Streitpostensteuer in Waffen versetzen. Sie sollen die Arbeiter nicht in ihren Wohnungen ausstellen, dürfen, und sie sollen den Arbeitern nicht in den Wohnungen ausstellen, noch die öffentlichen Zugänge zu den Fabriken sperren dürfen. Über die Frage, ob vor jedem Ausgang eine geheime Abrechnung unter den Arbeitern vorgenommen werden soll, ist die Meinungen auseinander.“

Die erwachsene Arbeiterschaft und das Arbeitsdienstpflichtgesetz

Von K. R. M.

1. Zwangsarbeit als Gesetz.

Der Plan des Arbeitsdienstpflichtgesetzes ist nicht neu. Schon seit Jahren beschäftigen sich die bürgerlichen Parteien und die Regierung mit der Einführung einer Arbeitsdienstpflicht. Im Freistaat Danzig war es vor zwei Jahren bereits so weit, daß der Senat den fertigen Entwurf eines Arbeitsdienstpflichtgesetzes vorlegte. Seinen sozialistischen Charakter so plump zutage trug, daß selbst bürgerliche Parteien dagegen Stellung nahmen. Nur dadurch schaffte die erwachsene Arbeiterschaft Danzigs zusammen mit dem Angestellterkonsortium den Kampf gegen den Vorschlag des Senats aufzuhalten, nur dadurch war es möglich, daß es mit dem Ziel nicht sonderlich auch mit den anderen Parteien zusammenarbeiten konnte. In dieser Weise und mit ihnen einigte sich die oppositionelle Minderheit.

Während bisher der Plan einer Arbeitsdienstpflicht mehr theoretischer Natur war, steht jetzt der Moment gekommen, da die Reaktion ein detailliertes Gesetz unterlegt annimmt und praktisch verwirklichen lassen will. Die Reichstagsferien werden dazu ausgenutzt, um alle Vorbereitungen zur Annahme des Gesetzes zu treiben. So meldet die bürgerliche Presse, daß bei den Verhandlungen des sozialpolitischen Ausschusses im Reichswirtschaftsrat „ein Teil der Beratung gesetzlicher Antrag auf Einführung einer Arbeitsdienstpflicht ohne Debatte dem vorgezogenen Unterabschluß überreichen wurde“. Sowohl diese Notiz, als auch die künftigen Artikel der bürgerlichen Presse über die obige Frage deuten darauf hin, daß die allgemeine Öffentliche Sicherheit des Kapitals auch mit Hilfe des Arbeitsdienstpflichtgesetzes verstärkt und weitergeführt werden soll.

2. Arbeitsdienstpflicht statt Wehrpflicht?

Was aber bedeutet die Arbeitsdienstpflicht? Weshalb sind gerade die bürgerlichen Parteien an der Einführung eines solchen Gesetzes interessiert? Und wie weit geht diese insbesondere die erwachsene Arbeiterschaft an? Alles dies sind Fragen, die die erwachsene Arbeiterschaft mit vollem Ernst stellen muß.

Um so gleich von vornherein zu sagen: Die Einführung der Arbeitsdienstpflicht bedeutet nichts anderes, wie die Einführung einer illegalen, allgemeinen Wehrpflicht, und die Schaffung einer zukünftigen Arbeitsarmee nichts anderes wie die Schaffung einer neuen Streitkräfte.

Rit. Hilfe der Arbeitsdienstpflicht soll die Jugend im Alter von 18 bis 20 Jahren „zwecks körperlicher Erziehung“ zwei Jahre lang für den kapitalistischen Staat arbeiten. Nach vorliegenden Bestimmungen können Jugendliche in Ausnahmefällen, wie z. B. beim Studium, von der Dienstpflicht freigestellt werden. Das bedeutet, daß die Söhne der Bourgeoisie, die stets bis zu 20 Jahren noch studieren, von der Dienstpflicht ausgeschlossen sind, und nur die proletarische Jugend derselben unterworfen wird.

Die eingezogenen Jugendlichen erhalten „Arbeitskleidung“ (Uniform), sie werden in „Arbeitsverbänden“ (Kompanien) eingeteilt, haben gemeinsame Wohn- und Schlafgelegenheiten (Kojen) und müssen Arbeitsdienstübungen (militärische Übungen) unter Leitung von „Reichsbeamten“ (schlechtesten Offizieren) machen. Es heißt auch, daß „die körperlich untauglichen Elemente auszumachen sind und aus den für die Arbeitsleidenden geschafften Pioneergruppen für verantwortungsvolle Arbeit zu machen“, d. h. besonders zuverlässige Sturmkompanien des Faschismus zu organisieren. Dazu wählt die „Deutsche Zeitung“ noch, daß „Bücherungen und Vorträge nationaler Art“ über Landesliebe stärken und aus der bürgerlichen Durchschnittsjugend einen gefügungstreuen Deutschen machen sollen.

Aus all dem geht klar hervor, daß die Arbeitsdienstpflicht nichts weiter wie eine verstekte Wehrpflicht ist. Hier soll sie aufs neue zum Kannonenjäger der bestehenden Klasse herangeführt werden.

3. Wirtschaftliche Gefahren.

Es ist jetzt ja bekannt, daß die Bourgeoisie durch künstliche Erhöhung von Gegenägen innerhalb der Arbeiterschaft ihre Macht zu behaupten und zu festigen sucht. Auch das Arbeitsdienstpflichtgesetz ist nur dazu angelegt, Gegenägen zwischen den Erwachsenen und den jugendlichen Arbeitern zu schaffen.

Durch das geplante Gesetz wird dem Kapital stets eine billige Reservearmee zur Verfügung stehen. Es ist beachtlich, daß „Bücherungen und Vorträge nationaler Art“ über Landesliebe stärken und aus der bürgerlichen Durchschnittsjugend einen gefügungstreuen Deutschen machen sollen.“

Stellt zum Beispiel die Belegschaft eines Betriebes Lohnabrechnungen, so braucht die Direktion denselben nur für unterstrebend zu erklären und schon stehen ihr neue, billigere Arbeitskräfte zur Verfügung. Der Arbeiter fliegt auf die Straße, und nicht aus dem Hause der Erwerbstreibenden, sondern aus der Arbeitsarmee hört sich das Kapital neue Kräfte. Da die Dienst-

pflichtigen (neben Rost und Rosig) nichts weiter wie ein „Lohnengeld“ besitzen können, und sie in jedem Falle billiger, wie selbst die Erwerbstreibenden. Und doch die Arbeitsarmee als glänzend organisierte Technische Kavallerie einen jeden Streit zu vertreten verfügen wird, ist selbstverständlich.

Die Arbeitsarmee ist also eine Lohn- und Streitbrechergarde gegenüber der Arbeiterschaft, ein Mittel zur Bereicherung der Erwerbstreibenden. Und wenn das Proletariat eines Tages den Kampf zur Beseitigung seiner Erfüllung anzunehmen will, dann wird ihm die Jugend, d. h. der führende Teil der Arbeiterschaft, zum ewigen Feind des Kapitals gegen den Vorstoß des Senats ausnehmen, nur dadurch war es möglich, denselben abzuhauen.

Während bisher der Plan einer Arbeitsdienstpflicht mehr

theoretischer Natur war, steht jetzt der Moment gekommen, da die Reaktion ein detailliertes Gesetz unterlegt annimmt und praktisch verwirklichen lassen will. Die Reichstagsferien werden dazu ausgenutzt, um alle Vorbereitungen zur Annahme des Gesetzes zu treiben. So meldet die bürgerliche Presse, daß bei den Verhandlungen des sozialpolitischen Ausschusses im Reichswirtschaftsrat „ein Teil der Beratung gesetzlicher Antrag auf Einführung einer Arbeitsdienstpflicht ohne Debatte dem vorgezogenen Unterabschluß überreichen wurde“. Sowohl diese Notiz, als auch die künftigen Artikel der bürgerlichen Presse über die obige Frage deuten darauf hin, daß die allgemeine Öffentliche Sicherheit des Kapitals auch mit Hilfe des Arbeitsdienstpflichtgesetzes verstärkt und weitergeführt werden soll.

4. Was ist zu tun?

Wie wir leben, bringt das Arbeitsdienstpflichtgesetz die

größten wirtschaftlichen und politischen Gefahren in sich. Von

diesen Gefahren hat die erwachsene Arbeiterschaft in eben demselben Maße bedroht, wie die jugendlichen. Dies bedeutet, daß der Kampf gegen das obige Gesetz nicht nur ein Kampf der Jugend,

sondern auch ein Kampf der erwachsenen Arbeiterschaft, von der Gewerkschaftsarbeit zu trennen, zu kriegen.

Die erwachsene Arbeiterschaft darf es nicht dulden, daß ihre

Söhne zu ihren eigenen Streitbrechern und Vorausdenkern werden. Die Erwerbstreibenden müssen verhindern, daß durch die Schaffung einer neuen industriellen Arbeitsarmee ihre Erwerbsleistung erweitert wird. Die Arbeiterschwestern dürfen es nicht gelassen, daß ihre Söhne aus neuer für die Schließbank gezwungen werden. In unserer Presse, in allen Versammlungen, in den Betrieben, in den Reihen der Erwerbstreibenden und der Arbeiterschwestern — überall muß auf die Gefahr des Arbeitsdienstpflichtgesetzes aufmerksam gemacht werden.

Nur wenn die erwachsene Arbeiterschaft gemeinsam mit den jugendlichen Arbeitern kämpft, nur dann wird der Plan der Reaktion vernichtet werden. Sowohl die erwachsenen, als auch die jugendlichen Arbeiter müssen Schritte an Schalter kämpfen unter der Lösung:

Zwangsaufgabe den ewig schwanzenden Bourgeois!

Die Arbeitersportler gegen die USPD

Wie im „Sächsischen Arbeitersport“, Wochenschrift des 4. Kreises im Arbeiters-Turn- und Sportbund, vom 15. Juli mitgeteilt wird, hat die Kreisratssitzung vom 15. Juli das Urteil der Geschäftsführung „Der Volksstaat“, dem Organ der 23 Renegaten, um Übermittlung der Sportnachrichten abgelehnt.

Mit diesem Beschuß der Kreisratssitzung rüden die Arbeitersportler von den Betrieben an der Arbeiterschaft und ihrem Organ in der treibenden und notwendigen Weise ab. Wir drücken diesen Beschuß der Kreisratssitzung, die damit einen starken Trennungsrückstand zwischen den Arbeitersportlern und der USPD gehoben hat.

Das Polen Wissudis

Der Diktator rüstet gegen Sowjetrussland. Er will keine Soldaten spielerisch, die er seit Jahren bereitstellt, auf Gebiet der Imperialisten dem blutigen Ende zuführen. Auf den Strahlen der polnischen Städte wimmelt es von spontanem Militär, und auf der Seele des polnischen Militärs wimmelt es in den 300 Käfern von letzten Minuten Gefangenen.

Die öffentliche Meinung fordert Unruhe. Der Diktator überdröhrt dies. Er rückt zum Kriege, und die Opfer der Klassenjustiz in seinem Lande vermehren sich, statt sich zu vermindern. Hunderte junger Revolutionäre gehen zugrunde in den Käfern. Wir dringen hier das Bild eines der Besten, des gewissen Wissudis Kraschinski, Tschäfer, der, zu 15 Jahren verurteilt, im Gefängnis Molotow dahingehend.



So urteilen Sozialdemokraten über Ihre Presse!

„Günstiger als die Unternehmensprese“ — „Eine Freude für die Scharfmacher“ — „Jedes Gefühl für Klassenfeinde fremd“ — „Vom Bolschewistenkollektiv besiegt“.

Ja, das Nummer 28 der „Sozialistischen Politik und Wirtschaft“ vom 15. Juli veröffentlicht den Sozialdemokraten Heinrich Teubner einen Artikel unter dem Titel „Eine Gemeinheit!“, in dem er sich hart gegen den in der „Kreislichen Zeitung“ vom 9. Juli veröffentlichten Artikel über den entlasteten Generalstreik und dem dort enthaltenen widerprüchlichen Angriff auf Coot wendet.

Nachdem Teubner zuerst den Abbruch des Generalstreiks durch den Generalrat bildet (wobei er fälschlicherweise den Generalrat als durch Baldwin betrogen hinstellt, während in Wirklichkeit zumindest die Thomas, Henderson und Konsorten zweifellos mit Baldwin gegen die Arbeiterschaft konspirierten), schreibt er folgendes:

„Die Wühleren der arg verbitterten alten Oberbremier gegen Coot und seinen sind eine Angelegenheit der englischen Gewerkschaften, die uns eigentlich nicht viel angeht. Beider finden die Wühler auch in der deutschen Arbeitersbewegung vereinzelt Helfer.“

Teubner bringt dann folgendes: „Titat aus dem Artikel der „Kreislichen Zeitung“ vom 9. Juli:“

Nachdem von englischer Gewerkschaftsseite offen erklärt

wird, daß die Beilegung des Kohlenkonflikts schon im Mai an dem Abstand von Coot geschah sei, der von seinen eigenen Überstabilitäten und undurchführbaren Parolen nicht loskommen konnte, haben wir auch in Deutschland keinen Anlaß mehr, mit unserem Urteil über die Führungqualitäten dieses Mannes zurückzutreten. Was Coot einkennen durch sein radikales Auftreten bei den englischen Bergarbeitern noch so populär sein, er ist das Unglück von hunderttausenden Menschen, er hat nicht das Mut gehabt, ihnen rechtzeitig die Wahrheit über die verzweifelte Lage des Koblenzbergbaues und und über die Unvermögenheit eigener Opfer zu sagen, und je länger die Ausprägung dauert, desto schwieriger wird über dem Fleisch.“

„Über dem Fleisch fällt jedoch direkt an, daß es an das Leben und Wohlstand kommt, den Menschen zu retten, um den Arbeiterschaft zumindest teilweise zu helfen.“

„Wir erinnern uns nicht, eine gleich gütige Aufzulösung getroffen zu haben. Die Scharfmacher des Unternehmers werden sich freuen. Nach Ansicht des Striben ist also Aufgabe eines Arbeitersführers, den Arbeitern die verzweifelte Lage des Koblenzbergbaues und die Unvermögen-

keit eigener Opfer“ herzumachen! Wehe, würden die Böger und Throssen wirklich nicht. Die Auspaltung löst das englische Grubenkapital bisher rund 45 Millionen Pfund Sterling oder 900 Millionen Mark. Es hätte nicht den vierzigsten Teil dieser Summe gekostet, die Bergarbeiter wiederzustellen und den Kampf zu verhindern. Den Bergarbeiter gings weniger was Geld als um die Demütigung und Niederkunft der Bergarbeiter. Sie gelang Ihnen nicht, weil Sie und Masse wie aus einem Guß zusammenstehen, wie wir es in Deutschland nur leben erleben. Und dieses erzielte Bild wird begeistert und begeistert von jemandem, dem jedes Gefühl für Klassenfeinde fremd zu sein scheint. Wie könnte er sonst das früher oft gehörte Argument der Unternehmer anwenden, daß die Streikführer kein Schutz an den Opfern und Entbehrungen der Streikenden!

Wie die Redaktion des betreffenden Parteblattes auf Anfrage mitteilte, entnahm sie den älteren Artikeln des „Sozialdemokratischen Pressedienst“ (SPD) in Berlin. Das erscheint kaum glaubhaft. Sollte es aber wahr sein, dann müßte in jedem Parteiverband einmal gründlich zum rechten gelebt werden. Coot gilt als Kommunist — wir wissen nicht, ob er einer ist. Selbst wenn er einer wäre, darf der Bolschewistenkollektiv einige Leute nicht so weit gehen, das Pressebüro der Partei zu hämmern und den kämpfenden Arbeitern Käppler zwischen die Beine zu werfen. Zumal nicht den englischen Bergleuten, die den Kampf nicht geführt haben, sondern ihn führen in der Abwehr gemäß den vollständig legalen Beschlüssen ihrer Organisationen. Vorläufig möchten wir annehmen, daß die SPD nur aus Versehen das Auskundschaft eines gewissen Verblendeten weitergetragen hat, und daß es auch nur aus Versehen dem westdeutschen Parteblatt ins Auge gefallen ist.“

Es ist lächerlich, zu glauben, daß dieser Artikel nur aus „Versehen“ in den „Sozialdemokratischen Pressedienst“ und von dort aus nur aus „Versehen“ in die „Kreisliche Zeitung“ gekommen ist. Es handelt sich um einen der ausführlichsten Artikeln, den die ganze SPD-Presse zum englischen Streik gedruckt hat. Der Artikel ist überall in großer Aufmachung erschienen. Gerade

die Führer der SPD und des ADGB zum englischen Bergarbeiterkampf eingerommen haben.

Nr. 174

2. Jahrgang. — Tagesszeitung der KPD.

Unsinn, aber Methode!

Schmed hegt auf höheren Gedanken.

Zwei Totenköder: In der Nacht vom 2. zum 3. August wird in Frankfurt am Main Arzt Pippold niedergeschlagen; er stirbt in der Nacht daran.

Am Sonntag früh überfallen in Heringendorf ein paar Betrunkenen (sie berichten wenigstens die bürgerliche Presse bis jetzt) einen Berliner Arzt und erschlagen ihn.

In beiden Fällen heißt die bürgerliche Presse, Kommunisten hätten die Verbrechen ausgeführt, und knüpft davon die Folgerung, daß sowohl gegen den ADGB wie gegen die KPD-Angriffe vorgegangen werden müsse. Die gesamte bürgerliche Presse ist darin einsig. Sowohl die Frankfurter Zeitung wie die demokratische „Vogel“, als auch Hagenbergs „Sozialanzeiger“ bringen diese Meldungen insofern als ersten Stelle, wiederholen und ergänzen sie wieder und immer wieder.

Was hat sich wirklich ereignet? Wir lassen die Berichte der bürgerlichen Blätter selbst sprechen. Die deutsch-nationale Frankfurter Vogel behauptet, daß fünf Kommunisten den Attentäter niedergeschlagen hätten. Die auch deutsch-nationalen Frankfurter Nachrichten aber schreiben:

Pippold befand sich mit einem gewissen Bertram, einem Kriegsinvaliden mit hölzernem Bein, auf dem Wege von der Klinik, wo er mit Gehirngelenkreinigen in einer Wirtschaftnewelt hatte, nach dem Rathausmarkt. Am Gutenbergplatz wurde er plötzlich von einer größeren Gruppe Personen überfallen und schwer mishandelt. ... Die betroffene Meldung, er sei Führer des Stahlhelms gewesen, trifft nicht unter diesen Umständen zu, er war lediglich Mitglied des Stahlhelms. Auffällig ist, daß sein Begleiter Bertram, der keine angemeldete Wohnung in Frankfurt hat, seit dieser Zeit nicht aufzufinden ist. Die Nachforschungen nach ihm waren vergeblich.

Die Nachforschungen nach dem Begleiter des Stahlhelmsmannes, also nach dem Stahlhelmsmann Bertram, sind zwar vergeblich, die Nachforschung nach den Tätern aber, von denen keiner gefangen worden ist, von denen keiner festgenommen worden ist, haben bereits ergeben, daß sie Kommunisten sind!

Diese Feststellungen Schmeds sind einfach verblüffend. Die Frankfurter Polizei, der man keineswegs nachdringen kann, daß sie kommunistenfreudlich sei, schreibt in ihrem Bericht:

„Amiliehleiste kann, um die bereits im Gang befindlichen Ermittlungen nicht zu föhren, sein Bericht gegeben werden. Auch ist noch nicht festgestellt, ob es sich um einen politischen Überfall oder um einen anderen Überfall handelt.“

Macht nichts: die Täter sind trotzdem Kommunisten!

In der Nacht vom Sonntag zum Montag tanzt ein Bürgerkurgast in Heringendorf in einer Tanzhalle. Drei Arbeitnehmer, die zuviel Alkohol zu sich genommen haben, dürfen nicht in die Tanzhalle hinein. Beim Nachhausefahren lebt ein Droschkenfahrer die Fahrt der Angerufenen ab und nimmt dafür den Kurgast mit seiner Familie auf, der nach Alkohol fahren will. Die Angerufenen rennen hinterher, der Arzt zieht einen Revolver, die Angerufenen flühen aus, der Arzt zieht hinterher (noch immer mit dem Revolver in der Hand), nach einer Weile findet man den Arzt erschlagen auf. Die drei Angerufenen werden verhaftet und gestehen ein, den Arzt erschlagen zu haben. Soweit stimmt der Bericht des demokratischen Montagsblattes mit dem des Hagenbergschen Montags.

Zweifellos war das ganze, was man eine „Beleidigung“ nennt. Nicht nichts: Hagenbergs Schmed und Sozialkorrespondent in Heringendorf erläutert, die Täter sind Kommunisten, das heißt, von den drei Tätern sind nur zwei Kommunisten, einer, der Sohn eines Hotelbesitzers in Alsbach, ist jedoch anderer Herkunft.

Zweifellos schreibt Hagenbergs junge Deute nicht aus eigenem heraus. Sie haben Anweisung erhalten. Die Schwerindustrie, die rationalisiert, täglich hunderte und tausende aus Flöchen wirkt, will sich auf die kommenden Klasseneinschlüsse einstellen. Die Angerufenen sind die blügerlichen Zelungen des Faschismus, wie das geben heißt die blügerlichen Zelungen heute, nicht Neiner werden — vorbereiten. Die Presseumwag, die ideologische Vorbereitung des Feldzuges gegen die Arbeiterschaft beginnt schon heute. Sie geht über alle Zeitungen, sie wird bewußt und planmäßig geführt. Die Arbeiterschaft muß die Gefahren, die ihr drohen, erkennen und zur Abwehr gerüstet und bereit sein.

Bon Bayern über Thüringen nach Sachsen

Die Infanterieschule der Reichswehr wird demnächst ebenfalls von Ohrdruff in Thüringen nach Dresden verlegt. Dresden erhält dadurch einen Zuwohns von etwa 500 Kähnchen, 60–70 Offiziere und etwa 400 Soldaten.

Die Reiterter der Heldt-Müller hat endlich einen „Erfolg“. Die Infanterieschule, die erst in München war und sich beim Hitlerputsch auf die Seite der Monarchie setzte, geht zu der von General Müller Graden bestehenden sächsischen Regierung. Diese wird die Verbesserung gewünscht haben, damit die betroffene lächerliche Arbeiterschaft mit der Infanterieschule, mit diesem kleinen Kleinkaliber-Schülerveteranen und Habschitz-Organisationskämpfern im Raum gehalten werden soll.

Weitere Übertritte zur USPD

Die Jägerungsarbeit der alten Sozialdemokratie innerhalb der SPD wird fortgesetzt. Zolt täglich berichtet der „Volksstaat“ über die Neugründung von Ortsgruppen innerhalb Sachsen, und ebenso oft warnen die linkssozialdemokratischen Zeitungen die Mitglieder der SPD an der Teilnahme an den Gründungsversammlungen. Tatsächlich scheinen die 25 Kämpfer mit ihrem Anhang bei ihrer Jägerungsarbeit nicht ohne wesentliche Erfolge zu bleiben. Wie der „Volksstaat“ mittelt,

Dresden

11. August 1924: Kommunistische Riedemostrationen gegen die Weimarer Verhältnisse und Ebert-Republik. — 1923: Berliner Betriebskämpfe des dritten Generalstreiks zum Sturz der Cuno-Regierung. Vor dem Berliner Rathaus Hungerdemonstration der Arbeiterschaft. Hungerunruhen im ganzen Reich. — Rheinisch-Westfälischer Betriebskampftag. — 1921: Bericht über die Durchführung der Neuen Defonomischen Politik (NDFP). — 1920: Französisch-belgisches Militäraabkommen. — 1919: Verfassung der deutschen Republik in Weimar beschlossen.

Der Pferdefleischverbrauch um 35 Prozent gestiegen!

Das Statistische Landesamt veröffentlicht eine Statistik über die Schlacht- und Fleischbeschaffung im Freistaat Sachsen. Daraus ergibt sich die außerordentlich wichtige Tatsache, daß im zweiten Vierteljahr der Verbrauch von Pferdefleisch gegenüber dem ersten Vierteljahr um 34,1 Prozent gestiegen ist, während die Schlachtungen bei den Ochsen um 7,8 Prozent, bei Büffeln um 11,1 Prozent, bei Junggrindern um 20,7 Prozent, bei Kälbern um 8,2 Prozent, bei Schweinen um 3,8 Prozent und bei den Ziegen um 21,7 Prozent zurückgegangen sind. Der Fleischverbrauch von Pferdefleisch ist ein neuer Beweis für die fortschreitende Verschwendendung der breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung. Der Rückgang des Konsums an hochwertigem Fleisch ist ausschließlich auf das gestiegene Eland des reichen Herren der Erwerbslosen zurückzuführen, die infolge der familiären Unterstützungsziele nicht mehr in der Lage sind, sich "luxus" einer Fleischnahrung zu leisten, und deren Familien bei trockenem Brot und hämmerlicher Ernährung infolge Unterernährung einem leaurigen Hungertod entgegenzugehen.

Der Lebenshaltungskosten-Index steigt!

Eine Meldung der Landespreisprüfungsstelle entnehmen wir: Die Preise für Agrarprodukte sind in diesem Semester gestiegen. Verglichen mit Mitte Mai 1923, so sind sie gestiegen bis auf 125,5 am 30. Juni. Den höchsten Anstieg haben die Preise erhöhten für Getreide. Teurer wurden Hühnerfleisch, Wurstwaren und Schweinefleisch. Durch die Erhöhung der verschiedenen Produkte ist der Index der Lebenshaltungskosten, der im April 1923, im Mai 1923, im Juni auf 140,5 (1) gestiegen. Die im Preisabschlagsentwurf vorgesehene Bekämpfung der Rangordnung bei Subvention und der zwangsmäßigen Fortsetzung von Abstimmungen durch die Innung, sowie ferner die vorgesehene Reform der Gewerbeaufsicht und die Errichtung der Kartellverordnung auf die halböffentlichen Zwangsverbände würden, nach einer Schilderung des Reichswirtschaftsministers, fallen gelassen, da die betriebsverordnungen auf starren Widerstand der Handelskreise stoßen. Vor dem Widerstand jener Kreise hat die Reichsregierung — wie immer — die Segel eingezogen. Sie will sich in Zukunft, wie es heißt, nur noch auf die Bestimmung des Reichenkonsenses über die Submissionsbestimmung beschränken. Fortgelebt seien die Preise für Lebensmittel. Der Preiserhöhung folgt seit der Wissenspreisordnung Millionen Arbeitslosen — Millionen Kurzarbeiter. Die Selbstmordepidemie nimmt erstaunliche Formen an und das — sieben Jahre nach Annahme des "besten" aller Verfassungen.

Der 11. August (Verfassungstag) ist kein geleglicher Feiertag. Die Geschäfte können an diesem Tage wie an gewöhnlichen Werktagen öffnen sein.

Die staatlichen Sammlungen für Kunst und Wissenschaft sind am Verfassungstage, dem 11. August, wie an Sonn- und Feiertagen geöffnet. — In der Landesbibliothek ist das Zimmer der Holzwerke und die Totenkranke-Ausstellung von 4—6 Uhr geöffnet. Eintritt frei.

Auktion Dresden Kinder. Die im Dresdner Kindererholungsheim in Blasewitz am untergebrachten Kinder treffen am 12. August 1923, abends 10.45 Uhr auf dem Dresdner Hauptbahnhof ein. Die Angehörigen der Kinder werden erzählt, die zur angegebenen Zeit auf dem Hauptbahnhof abzuholen.

Bahnbergehende Nachtwagenumleitung. Wegen Ausweitung von Leistungsfähigkeit werden in der Nacht vom 12. zum 13. August die Nachtwagen nachfolgender Linien in beiden Richtungen umgeleitet: Linien 1 und 5 zwischen Sachsenplatz und Hauptbahnhof über Karlsplatz, Städtelplatz, Venus- und Wiener Straße und Linie 1 zwischen Augsburger Straße und Schillerplatz über Augsburger und Süßstraße. — Linien 2 und 22 zwischen Städtelplatz und Große Markthalle über Kaufhausstraße, Sachsenplatz, Terrassenstrasse, Postplatz, Otto-Allee. — Linie 18 zwischen Sachsenplatz und Postplatz über Terrassenstrasse, Theaterplatz. — Linien 18 und 20 zwischen Rathenauplatz und Postplatz via Großmarkthalle über Rathenauplatz, Terrassenstrasse, Theaterplatz, Postplatz, erstmals noch über die Otto-Allee. — Linie 12 zwischen Albertplatz und Städtelplatz über Albertbrücke, Kaufhausstraße. Die Nachtwagen der Linie 11 verkehren, von Blasewitz kommend, nur bis zum Neumarkt, diejenigen der Linie 13, von Reidl kommend, nur bis Georgstraße. Aus gleichen Gründen werden in der Nacht vom 13. zum 14. August die Nachtwagen der Linien 8 und 19 über die Augustusbrücke, diejenigen der Linie 8 zwischen Reußsäder Bahnhof und Hollenbrücke über Süßstraße, Augustusbrücke, Postplatz geleitet. Der Nachtwagen der Linie 4: 12.15 ab Blasewitz fährt nur bis Postplatz, die Fahrer 1.8 ab Städtelplatz fährt daher bis zum Postplatz aus.

Neue Kraftomnibus-Haltestelle. Am Donnerstag, den 12. d. M. wird für die Kraftomnibuslinie E auf der Bautzner Straße an der Einmündung der Jägerstraße am Kandulaberg 45 eine Haltestelle für beide Fahrttrichtungen errichtet.

Gesellschaftsstraßenwagen der Reichspost. Trotz der bei der Reichspost herrschenden Pleite versucht die Dresdner Direktion mit der Zeit Schritt zu halten und beginnt durch Autowerke die Umgebung Dresdens weiterhin zu erschließen. Nach den 2 neuen Reichsstraßenlinien im Erzgebirge hat die Oberpostdirektion einen großen, sehr zwangsläufig gebauten 42fachen Gesellschaftsstraßenwagen dem Verkehr übergeben, der Organisationen und Vereinen durch Vermittlung der Bezirkswerkstatt für Poststraßenwagen (Wacholdleitsstraße 20) für Fahrten in Dresden und seine Umgebung zur Verfügung steht. Ein zweiter 30facher Wagen ist in Schandau stationiert, der Sonderfahrten durch die ganze Sächsische Schweiz in relativ billigen Preisen, weit unter denen der Privatunternehmer, unternimmt. Der Fahrpreis beträgt pro Kilometer 3 Pfennig. Die Wagen werden nur an Organisationen vermietet und auf Wunsch an jedem beliebigen Ort eingestellt. In Abhängigkeit der lokalen Lage, in die die "kleinen Dörte" der Sächsischen Schweiz geraten sind, in die isolierteren Kreisen das Reisen ermöglicht, für das Gebiet von Bedeutung.

Bücherhalle zur modernen Kunst. Von der Städtischen Bücherei wird uns geschrieben: Die anregenden Wirkungen der gegenwärtigen internationalen Kunstsammlungen sind in Dresden bei Buchhandlungen und Bibliotheken durch eine vermehrte Nachfrage nach Werken gefordert, welche Kunst und Künstler unserer Zeit behandeln und in ihrer Gestaltung und Ausführung. Um eine leichtere Orientierung über die Literatur zu ermöglichen veranstaltet die Städtische Bücherei und Lelehalle Theaterrstraße 11) in ihrem Büchereisaal aus ihren Beständen eine Bücherhalle zur modernen Kunst, welche mehrere hundert Bände umfaßt. Die Bücherhalle dauert vom 9. bis 21. August,

Betriebspolitik als Kronzeuge gegen Betriebsräte

Vor der zweiten Kammer des Gewerbedeutschland Dresden stand am Montag die Klage des Färbers Schreiber gegen die Firma Dresdner Farbenfabrik und Spinnereiwerke AG. statt. Die Verhandlungen vor dem Dresdner Gewerbedeutschland in dieser Angelegenheit haben ihre Bedeutung über den Rahmen dieses Artikels hinaus, enthalten doch die Verhandlungen die Methoden der Unternehmer, mit Hilfe von bezahlten Betriebspolitikern die ihnen läufig gewordenen Betriebsräte zu besiegen. Der Sachverständiger, der dem Vortrag der Klage zugrunde liegt, ist folgender:

Anfang April dieses Jahres wurden bei der obengenannten Firma zwei Betriebspolitikertitel, der Käfer Schreiber und der Arbeiter Biehahn, entlassen. Angeblich zumindest, wollt sie die Verfasser eines in der "Arbeiterstimme" erschienenen Artikels hinzuhören, in dem Wohlstand im Betrieb gezeigt wurde. Obwohl in dieser Angelegenheit bereits zwei Verhandlungen stattgefunden hatten, in denen die Firma den Beweis erbringen sollte, daß die entlassenen Betriebspolitikertitel die Firma nicht vertreten, Angeblich sollte der Gewerbeverein der Firma sich gegenwärtig in Berlin aufzuhalten. Dieser laudare Herr, den Firma als Kronzeuge gegen die Betriebsräte aufbot, entpuppte sich als einer jener Detektive, die von der Unternehmensorganisation zur Bespitzelung der Arbeitnehmer in die Betriebe eingeschmuggelt werden. Er testete unter dem Namen Berger und heißt in Willkür Heinrich. Das schmugelige Handwerk, was von diesem Burlen getrieben wird, ist vielleicht die Veranlassung, den willkürlichen Namen zu verschweigen. Nach den in Berlin abgegebenen protokollarischen Erklärungen mußte dieser Kronzeuge der Firma zugeben, daß er den Betriebsrat, den Schreiber oder Biehahn die Überheber und Verfechter des in der "Arbeiterstimme" erschienenen Artikels seien, nicht antreten konnte. Aus keinen Erklärungen ging hervor, daß er von der angeblichen Zellenversammlung, in der der Käfer gefordert sei, wohin der Tag, an dem die Entlassungen haben soll, noch das Restaurant angegeben vermochte. Dieser Spiegel hatte nämlich behauptet, daß er im gleichen Hotel, wo die Zellen-

versammlung der APD-Mitglieder der Belegschaft stattgefunden habe und dabei an einer dieser Zellenversammlungen "zufällig" teilgenommen habe. Mit diesen Schätzungen glaubte dieser Unternehmersöldner keinen Aussagen Gewalt zu geben. Während der Zeuge der Firma bei seiner protokollarischen Vernehmung in Berlin angegeben hatte, daß er nicht Mitglied der APD gewesen sei, behauptete der Syndikus Dr. Käbel, Vertreter der Firma, Heinrich alias Berger sei als Sozialist bestellt der Detektivzentrale Mitglied der Kommunistischen Partei geworden, um so die Möglichkeit zu haben, in die kommunistischen Zellenversammlungen hinzutreten. Damit wurde offiziell von einem Syndikus der Dresdner Firma bestanden, daß die Industriellen zur Bespitzelung der Arbeiter und Agentenprostituierte bedienten. Mit diesen Mitteln glaubten sie die Regierung der Arbeiter gegen brutale Unternehmerswillkür passieren zu können und die ihnen läufigen Elemente aus den Betrieben zu entfernen. Die Auslagen dieser Sumpfschlägen ließen dann vor Gericht als Beweismittel gegen die Arbeiter und Betriebsräte benutzt werden. Die Verhandlungen zeitigten den vollständigen Zusammenbruch der halblosen Behauptungen des Betriebspolitikers. Die Firma wurde zur Wiedereinstellung des ausgestoßenen Arbeiters Schreiber und zur Bezahlung des ausgestoßenen Arbeiters Heinrich verurteilt.

Nach der Verhandlung entzogte der Verteidiger der Firma, als er von den anwesenden Arbeitern infolge der konträren Bedeutung durch die Firma angegriffen wurde, daß die ehemalige Firma gegen die Arbeitnehmer aufgetreten, aber sie — kein Betrug.

Die Arbeiterschaft wird aus diesem Prozeß die Rechte ziehen, diese vom Unternehmerselbst bezahlten Elementen auf zu bringen und überwältigen dort, wo sie auftreten, in der zentralen Welt entgegenzutreten. jedenfalls gilt es aber, auf der Hut zu sein, denn das Unternehmersumma wendet, wie dieser Vorfall zeigt, selbst die gemeinten Mittel an, um die Arbeiterschaft um ihre Rechte und um ihre Vertretung zu prellen.

Seitdem werden, auch wenn ein sozialdemokratischer Bürgermeister ihn mit aufgesetzt hat, die Arbeitnehmer nicht mehr lernen. Nicht das ist maßgebend, was einer aus sich meint, sondern was er tut!

Teilehnerdorf. (Ruhlandkreis.) In letzter Zeit wird in der gegenwärtigen Presse viel über angebliche Meutereien der Soldaten in der Sowjetunion geschrieben. Alles mögliche wird inszeniert, um die Massen vor dem "bolzwestischen Schrecken" gruselig zu machen. Jüngst bestand in die zweite Arbeiterdelegation in Ruhland. Von gewissen Seiten geht man nun dazu über, den Angehörigen des Detektivs Hoffmann allerlei Schauerstückchen zu erzählen. Mit einer Schamlosigkeit ohnmächtig berichtet man die Eigentumsmeldungen aus den bürgerlichen Zeitungen und sagt den Angehörigen: "Wer weiß, ob Ihr Mann noch lebt, denn tausende haben schon ihm ihr Leben eingeblust." Aus den Meldungen können wir jedoch erkennen, wer diese Geisteshelden sind. Wir sind davon überzeugt, daß Genossen Hoffmann nach seiner Rückkehr aus Ruhland diesen Elementen die nötige Abfuhr erteilen wird. Alle Bemühungen vor Ruhland zieht nicht mehr — die Wohltaten schrecken sich ab.

Adolfshütte. (Böhmen und Westfalen.) Am 1. August hielt der Stahlhelm in Aig bei Bayreuth ein Sommerfest, das zugleich Kinderfest sein sollte, ob Um die nötigen Finanzen zusammenzubringen, wurde nach dem Einwohnern des Ortes "gekennzeichnet". Bei dem Fest nahm der Stahlhelmsführer Kotte aus Aig (ein republikanischer Staatsangehöriger) eine Ansprache. Er erinnerte an die fünfzig Tage vor 12 Jahren, wo jeder fröhlich finanziert und feierte. In Dresden war es nicht viel anders; der nächstliegende Verein war damals Cotta. Aber später hat sich der kleine Landverein gehalten und manche Freude in den Bau des "Deutschen" gespielt. Aus diesem Grund hat Böhmen die Urkunde, sozusagen auf seine Vergangenheit zu sein. Das Fest wird am Sonnabend mit Turnen und Spielen der Kinder eingeleitet. Am Sonntag und Montag werden Turnspiele der Erwachsenen stattfinden. Der Stahlhelmsverein Bayreuth hat unter Mitwirkung des Schützenvereins Böhmen am Sonntag, den 15. August, eine sportliche Wettkampfgruppe. Am Abend treffen sich die Vereine zum Festmarsch nach dem Festspiel. Am Nachmittag finden Freiluftspielen, Sportarten, spätere Endläufe und Turnspiele statt. Der Käfig liegt unterhalb der Goldenen Höhe, am Weg Böhmenhütte — Goldene Höhe. Die Freilichtgruppe besteht aus jugendlicher Unterstützung von nah und fern. Besonders werden auch die früheren Genossen eingeladen, welche langjährig nach allen Rümpfungen verzogen sind. Darum erwähnt der Käff.

Heraus aus dem Schrank
Die Editha Hof und welche Welt.
Hinaus nach Böhmenhütte zum Jubelfest!

Gittersee. (Sozialdemokratische Jugendfürsorge?) Es scheint, als ob mit dem sozialdemokratischen Bürgermeister auch die Reaktion bei uns im Orte eingezogen wäre. Als Beispiel folgendes: Vor kurzem gab es einen kleinen Skandal auf der Daseinsprüche. Die Ursache war, daß der 18jährige Arbeiter Feder Wagner wegen einiger Kirchen, die er auf seinem Grundstück gepflanzt hatte, mit Herrn Reinhard, dem Pächter des Gutes, in Streit geraten war. In seiner Untersuchung holte Reinhard den Vormund von Wagner, den früheren Gemeinderatsvertreter Schulze, und Herrn Hauptwachtmeister Drechsel. Der Sozialdemokrat Schulze kam aber nicht, um sein Mündel zu vertreten, sondern es mit Hoffnung auf, zu mildern und ihm Rechtliches anzubieten. Auch werden er Wagner, die Lande zu betreuen, Kirchen zu pflanzen, da er mit Unternehmer ist. (Im ehemaligen Hause!) Wegen den jüdaischen Kirchen wurde Wagner des Diebstahls angezeigt. Am folgenden Tag war Verhandlung vor dem Obersrichter (sozialdemokratischer Oberbürgermeister) Oberaus. Vor Beginn lagte Drechsel zu Wagner: "Um euer Freiheit, was war denn gestern abend los, du? Ich wollte doch die Kommunisten verhindern." Wagner fragt, wie Drechsel das beobachtet hätte. Darauf Drechsel: "Schwindle nicht, sonst kriegst du gleich in die Feste!" (1) Die Verhandlung war bezeichnend für die Einstellung von Oberaus. Den Kläger und Zeugen wurden Stände angeholt, der Befragte Wagner mußte stehen! Es war nur ein Waisenkind! Noch deutlicher wurde Oberaus, als er sagte: "Solche Lumpen können wir in Gittersee nicht dulden," und: "Wir haben genug Lumpen in Gittersee." Wagner ist der größte Verbrecher von Gittersee. (Wieselskirch ist der Bürgermeister einmal so freundlich die Namen der Lumpen von Gittersee zu veröffentlichen?) — Der Gutsverwalter ist seit dem Grundstück bis 1929 verpachtet worden. 1929 sind die drei Kinder mündig, dann sollen sie selbst verfügen. Den Nachvertrag haben die beiden Sozialdemokraten, der Vormund Schulze und Bürgermeister Oberaus, mit Reinhard abgeschlossen. Reinhard bezahlte den jungen Mann 17 (siebzehn) Mark. Wagner dogdeten für Vormund! Außerdem verfügte Frau Wagner, daß ihre Möbel bestellt und verfeiert werden sollten. Schulze als Vormund hat er noch, die will er für 10 Mark an seine Tochter abgeben! Der Pachtvertrag, der für die Mündel ursprünglich abgeschlossen, obwohl die über 18 Jahre alten Mündel davon nichts gewußt haben, wie das Gesetz es vorschreibt. Dafür habe er auch ein Drittel Miete zahl, dann große Staatsaktion: Kirchendiebstahl! Nun hat auf eine Einladung eingetragen, die Oberverwaltung die Oberverwaltung die Tochter in die Stadt zu schicken. Der Standort muß ein Ende haben. Schulze ist nicht fähig, Vormund zu sein. Der Pachtvertrag muß auf-

Die neue "Arbeiter-Illustrierte-Zeitung" erscheint in den nächsten Tagen. Die Genossen, die mit Zustellung rechnen, müssen die letzten sofort abnehmen oder wenigstens eine Kontrollnummer. Innerstaatliche Auftragsnummern der APD müssen vollständig präsentiert werden, da wir dafür noch Verwendung haben. Späteren Rücklieferungen werden nicht gutgeschrieben.

Sobald erscheinen: Der Parteiarbeiter Nr. 8. Aus den Inhalten: 1. Die internationale Werbewoche für die Gewerbeaufsicht. 2. Ueber die Wiederbelebung der Betriebsrätebewegung. 3. Wie das Land auf dem Kongress der Werkstätigen vertreten ist. 4. Aus der Praxis für die Praxis. Bestellungen bei allen Lizenziaten oder direkt durch die Buchhandlung Oswald Giese, Dresden, Jakobsgasse 1b.

Rundfunk

Donnerstag, den 12. August:
3—4 Uhr: Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstituts, Berlin (Deutsche Welle).
3 Uhr: Prof. Dr. Amel und Oberlehrer Westermann: Einheitsforschung.
3.30 Uhr: G. Lehmann, Direktor der Staat. Taubstummenanstalt: "Der Einfluss der Taubheit auf die geistige und körperliche Entwicklung des Kindes."
4.30—5.15 und 5.30—6 Uhr: Nachmittagsfunk des Leipziger Rundfunkforschers. Dirigent: Hilmar Weber.
6.30—6.45 Uhr: Aufwertungsrandfunk.
6.45—7 Uhr: Elefantenfunk.
7.45 Uhr: H. Freiherr von Klöckner: "Gestern und Heute".
7.45 Uhr: Volksliederabend der Lichtenauer Chöre. Leiter: Karl Hart.
8.45 Uhr: Konzert des Leipziger Sinfonieorchesters. Dirigent: Hilmar Weber. Solistin: Frau Professor Margaretha Thiemann (Hart).
Ab 10.30 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.

Arbeiter-Radioklub Dresden. Mittwoch, den 11. August abends 8 Uhr im Restaurant "Braunschweiger Hof", Breitkopf-Gewitter. — Mitgliederversammlung für alle Dresdner Gruppen. Wichtige Tagessordnung. — Gruppe Neustadt. Donnerstag, den 12. August, abends 8 Uhr im Restaurant "Neustädter Hof", Grenzgasse 6; Vereinsabend mit Vortrag des Familiensprechers Ritter.

Bereitschaftliche Mitterung am 12. August (Donnerstag). Gewitter. abends 8 Uhr im Restaurant "Braunschweiger Hof", Breitkopf-Gewitter.

13. August (Freitag). Zeitweise heiter, vorwiegend trocken. Nacht kühl, Tag ständig warm.

Verlag: "Arbeiterstimme" — Druck: "Beutag" — Filiale Dresden. Verantwortlicher Redakteur Willi Schneider. Berlin

Rede des Genossen Rytoff

über die Ergebnisse der vereinigten Plenarversammlung des ZK und der ZKK der RKP am 26. Juli 1926 vor den Mostauer Parteifunktionären

Aus dem Stenogramm meines Berichtes in der Mostauer Funktionärsversammlung habe ich einige Stellen ausgelassen, deren Veröffentlichung in der Presse ich für unzweckmäßig erachte. Hingegen sind in nachstehender Fassung meines Referats auch Beobachtungen enthalten, die ich erst in meinem Schlußwort erörtert habe.

A. Rytoff.

Genossen! Die Tagung des gemeinsamen Plenums des ZK und der ZKK wurde am Freitag (23. Juli) abgeschlossen. Die für die Presse bestimmten Resolutionen sind bereits veröffentlicht worden. Von den gesagten Beschlüssen des Plenums und meiner Ansicht nach die Resolution über die Angelegenheit der Genossen Lachowitsch usw. sowie die Resolution über die Ergebnisse der Sowjetwahlen die wichtigsten. Ich werde mich also in der Haupthälfte mit diesen beiden Resolutionen beschäftigen.

Die Angelegenheit der Genossen Lachowitsch, Bielecki usw.

Die Resolution in der Angelegenheit Lachowitsch, Bielecki und anderen beagt, daß der Genosse Lachowitsch aus der Reihe der Kandidaten des ZK der Partei ausgeschlossen wird, wobei ihm gleichzeitig die Bewerbung entzogen wird, daß er nun durch Amtseinführung des Fraktionschefs außerhalb der Partei fallen würde. Ferner wird in der gleichen Resolution über die Ergebnisse der Sowjetwahlen die wichtigen. Ich werde mich also in der Haupthälfte mit diesen beiden Resolutionen beschäftigen.

Die Angelegenheit der Genossen Lachowitsch, Bielecki usw.

Die Resolution in der Angelegenheit Lachowitsch, Bielecki und anderen beagt, daß der Genosse Lachowitsch aus der Reihe der Kandidaten des ZK der Partei ausgeschlossen wird, wobei ihm gleichzeitig die Bewerbung entzogen wird, daß er nun durch Amtseinführung des Fraktionschefs außerhalb der Partei fallen würde. Ferner wird in der gleichen Resolution über die Ergebnisse der Sowjetwahlen die wichtigen. Ich werde mich also in der Haupthälfte mit diesen beiden Resolutionen beschäftigen.

Ich glaube nicht schließen, wenn ich feststelle, daß in der Geschichte unserer Partei wohl nie zuvor in so klarer Form gestellt worden mußte gegen die Verletzung der Parteidisziplin, wie auf dem letzten Plenum. Die Geschichte unserer Partei lautete bisher keinen Fall, in dem über so einflußreiche Parteimitglieder wie Sinowjew ähnliche Beschlüsse getroffen werden mügten. Ich persönlich entnahm mir nur eines analogen Falles, der mit dem Namen des Genossen Sjapnikow zusammenhängt und in Verbindung steht. Da nur wenige Parteimitglieder über diesen Fall unterrichtet sein dürften, werde ich ihn ausführlich erläutern.

Es spielte sich 1921 ab, als Lenin noch am Leben war. Genosse Sjapnikow war damals noch Mitglied des ZK und der zentralen Parteiauflösungskommission. Auf einer Parteiauflösung versuchte er einige Regierungsschluß. Lenin erfuhr davon in einem Schriftstück, das bis heute noch unbeschädigt ist und in dem es heißt (ich zitiere das Dokument mit seinen stilistischen Korrekturen), wohin aber genau keinen Sinn:

In einer Zellenverhandlung hielt der frühere Politkommissar Sjapnikow ein Referat, das heißt kein Referat — Referat kann man es eigentlich nicht nennen —, sondern eine Kritik an Regierungsschluß, wobei er sich im besonderen auf die Resolution des Präsidiums des Obersten Volksgerichtshofes stützte. Er begann mit dem Punkt 1, in dem gesagt wurde: „Es muß zugesehen werden, daß unökonomisch gewirtschaftet wurde.“ Genosse Sjapnikow bemerkte dazu lachend: „Was heißt das? Wie ist das möglich? Vier Jahre haben wir doch ohne die Wirtschaft geführt.“ Sobald er die Stelle der Reaktion, in der gelangt wird, obwohl die Arbeit mit Verpflichtung und Lebensmitteln verschont wurden, sonst die Produktivität auf ein Minimum. Diesen Punkt kritisierte Genosse Sjapnikow besonders scharf. Er holtte sich, daß die Arbeiter ja gar nichts erhielten, die Produktivität dagegen in einigen Betrieben sogar höher war als vor dem Kriege. Als dritten Punkt behandelte Genosse Sjapnikow in seiner Kritik die Unterschlagungen. Nicht die Arbeiter waren schuldig, sondern die Wirtschaftsorgane, die die Arbeiter zum Diebstahl zwingen. Die ganze Resolution wäre von einem arbeitefreudlichen Geiste erfüllt. Die Arbeiter müssen auf der Hut sein.“

Als Wladimir Iljitsch diese Information erhielt, forderte er die Einberufung einer außerordentlichen Plenarversammlung des ZK und der ZKK zur Beratung seines — Lenins — Antrages unter dem Ausdruck des Genossen Sjapnikow aus dem ZK der Partei wegen Verletzung der Parteidisziplin. Er bestand auf einen Antrag damit, daß das ZK nicht dulden dürfe, daß einzelne Mitglieder keine Politik unternehmen. Die Mitglieder des ZK dürfen wohl innerhalb des ZK ihre eigene Ansicht haben, diskutieren, streiten, sie sind aber ohne Ausnahme, unabhängig davon, ob sie mit den Beschlüssen einverstanden sind oder nicht, verpflichtet, die gesagten Beschlüsse vorbehaltlos anzunehmen, sie sowohl unter den Parteilosen, als auch unter den Parteimitgliedern zu vertreten. Die Kritik des Genossen Sjapnikow, eines Mitgliedes des ZK an der Resolution des Obersten Volksgerichtshofes, die im Zusammenhang mit der allgemeinen Politik des ZK gefasst wurde, war in den Augen des Genossen Lenin ein genügender Grund, um den Ausdruck des Genossen Sjapnikow aus dem Zentralkomitee der Partei auf die Tagesordnung zu stellen. Auf Vorschlag des Genossen Lenin fügte das Plenum des ZK damals folgende Entschließung:

„Berichtet wurde über die Verletzung der Parteidisziplin durch den Genossen Sjapnikow. Beschlossen wurde:

a) Die organisatorische Einmischung des Zentralkomitees ist notwendig. Morgen, um 9 Uhr früh, wird das in dem Beschuß des 10. Parteitags über die Einheit der Partei vorgelegte Kollegium aus den in Mostau ansässigen Mitgliedern des ZK der RKP, der Kandidaten und Mitglieder der ZKK eingerufen.“

Wie gezeigt, Genosse Lenin beantragte auf jener Tagung den Ausdruck des Genossen Sjapnikow aus dem ZK der Partei. Er blieb aber in der Minderheit. Die Mehrheit befürzte ich mit der Entfernung des Genossen Sjapnikow aus der Zentralen Kommission für Parteiauflösung. Der Beschuß lautete:

a) Mit Rücksicht auf die mehrfache Verletzung der Parteidisziplin durch den Genossen Sjapnikow als Mitglied des ZK erachtet die Versammlung es als vollkommen ungültig, daß Genosse Sjapnikow außerhalb des ZK's solche Reden hält, Erklärungen abgibt und Kritik übt, die gegen die Politik des ZK gerichtet sind und gegen die die tatsächliche Meinung des Parteitags widerspiegeln. Beihilfe verboten. Eine weitere Tätigkeit des Genossen Sjapnikow in dieser Richtung würde die Frage der Möglichkeit seiner weiteren Mitarbeit im ZK auf die Tagesordnung stellen. Daher fordert die Versammlung den Genossen Sjapnikow taktisch auf, seine politische Haltung zu ändern, sich der Linie des ZK, dem er angehört, anzupassen. Sollte Genosse Sjapnikow sein Verhalten nicht ändern, so wird das ZK beauftragt, eine öffentliche Versammlung zur nochmaligen Prüfung der Frage einzuberufen.“

Einstimmig angenommen, bei drei Stimmenthaltungen.

b) Der vorliegende Beschuß ist sofort, jedoch nur den Gouvernementskomitees, bekanntzugeben und nur im Nachröhrenblatt der ZK der RKP zu veröffentlichen.

c) Genosse Sjapnikow wird seiner Tätigkeit als Mitglied der Zentralen Kommission für Parteiauflösung entbunden.“

Das Vergehen des Genossen Sjapnikow verträgt aber vollständig, wenn man ihm den Fall Lachowitsch, Bielecki usw. entgegenstellt. Genosse Sjapnikow trittet immens in letzter Weise in einer legalen kommunistischen Versammlung vor der Parteidisziplintheit die Verbündete des Obersten Volksgerichtshofes. Lenin legte jedoch den Grundsatz der Parteidisziplin eine in außerordentliche Bedeutung bei, er war so züglichsweis bei der Beurteilung von Handlungen, die, wenn auch nur im geringsten Grade, die Parteidisziplin schädigten, das er für ein Vergehen, das im Vergleich zur Spaltungstreitigkeit der Genossen Lachowitsch, Bielecki usw. mit unwesentlich erscheint, den Ausdruck Sjapnikow aus dem ZK forderte.

Die gemeinsame Plenarversammlung der ZK und der ZKK hat die Angelegenheit der Genossen Lachowitsch, Bielecki usw. sehr langsam geprüft. Einige Mitglieder der Partei haben in großer Weise gegen die Sanktungen der Partei protestiert, indem sie praktische Maßnahmen zur Organisierung einer Fraktion unterstützen und zu diesem Zweck illegale Versammlungen abhielten, eine Geheimstift für ihre Korrespondenz zusammenstellten, losparteiive Standquartiere einrichteten usw.

Eine der gehaltenen illegalen Versammlungen fand unter Vorsitz des Genossen Bielecki in der Nähe von Mostau statt. Der Besuchstermin in der Versammlung war der Mitgliedskongress des ZK. Gen. Lachowitsch. Darüber hinaus hat die ZK auch noch andere Tafelchen festgestellt. Bielecki reiste nach Odessa, organisierte dort eine dreigliedrige Kommission für die Fraktionarbeit und korrespondierte mit dieser Dreikommision unter Benutzung einer Geheimstift. Natürlich wurde die Geheimstift durch den Genossen Bielecki nicht zu verdecklichen Zwecken zusammenge stellt, sondern sie erfolgte lediglich den Zweck einer gegen die Partei gerichteter konspirativer Korrespondenz mit einem Fraktionszentrum. Sobald sind nachweislich in einer Reihe von Akten von den Oppositionsmitgliedern Geheimdokumente des Politbüros an zahlreiche Adressen verschickt worden. Erst später haben sich alle Mostauer Zellen ein Schreiben eines Mitgliedes der Opposition mit dem Stempel Leningrad, Titoabteilung, erhalten, das diese Zellen gegen das ZK der Partei aufzuhören verlangte. Gestellt ist in ferner, daß Geheimdokumente der Partei durch parteilose Stenotypistinnen verschickt wurden und in parteilosen Akten zur Kenntnis gelangten. Es sind auch Fälle zu verzeichnen, in denen Mitglieder der Opposition mit Parteilosen über die Stellungnahme des letzteren im Falle eines offenen Kampfes der Opposition gegen die Wehrheit des ZK der Partei verhandelten.

Genosse Bielecki ist bekanntlich voranmarschender Mitarbeiter der ZK. Zwei andere Mitarbeiter der ZK, Gurallj und Wujowitsch, vertraten nach dem 14. Parteitag eine ähnliche fraktionale Verbindung mit einzelnen Mitgliedern und Gruppen ausländischer kommunistischer Partien anzugreifen. Bielecki und seine Gehilfen können natürlich ihre illegale Arbeit nur entsprechend den Wünschen und Anweisungen jener Genossen führen, die politisch an der Spitze der Opposition stehen. Da nun zahlreiche Akten der Fraktionärstätigkeit zum Vorhenden der ZK, dem Genosse Sinowjew, führen, erreichte es das Plenum des ZK und der ZKK für unmöglich, bei der Prüfung der Angelegenheit der Genossen Lachowitsch u. a. nur die weniger verantwortlichen Gefahren zu verurteilen, die Geheimdokumente der Partei durch parteilose Stenotypistinnen verschickt wurden und in parteilosen Akten zur Kenntnis gelangten. Es sind auch Fälle zu verzeichnen, in denen Mitglieder der Opposition mit Parteilosen über die Stellungnahme des letzteren im Falle eines offenen Kampfes der Opposition gegen die Wehrheit des ZK der Partei verhandelten.

Genosse Bielecki ist bekanntlich voranmarschender Mitarbeiter der ZK. Zwei andere Mitarbeiter der ZK, Gurallj und Wujowitsch, vertraten nach dem 14. Parteitag eine ähnliche fraktionale Verbindung mit einzelnen Mitgliedern und Gruppen ausländischer kommunistischer Partien anzugreifen.

Bielecki und seine Gehilfen können natürlich ihre illegale Arbeit nur entsprechend den Wünschen und Anweisungen jener Genossen führen, die politisch an der Spitze der Opposition stehen. Da nun zahlreiche Akten der Fraktionärstätigkeit zum Vorhenden der ZK, dem Genosse Sinowjew, führen, erreichte es das Plenum des ZK und der ZKK für unmöglich, bei der Prüfung der Angelegenheit der Genossen Lachowitsch u. a. nur die weniger verantwortlichen Gefahren zu verurteilen, die Geheimdokumente der Partei durch parteilose Stenotypistinnen verschickt wurden und in parteilosen Akten zur Kenntnis gelangten. Es sind auch Fälle zu verzeichnen, in denen Mitglieder der Opposition mit Parteilosen über die Stellungnahme des letzteren im Falle eines offenen Kampfes der Opposition gegen die Wehrheit des ZK der Partei verhandelten.

Die Ergebnisse der Partei und die Opposition.

Die Frage der Spaltungsaufgabe innerhalb der Partei wurde vom Plenum des ZK und der ZKK ohne Zusammenhang mit den politischen Meinungsverschiedenheiten beraten, die zwischen der Mehrheit der Partei und den Genossen Sinowjew, Troski und noch anderen bestehen. Die Meinungsverschiedenheiten der Partei mit dem Genossen Troski zum Beispiel sind größer als die mit dem Genossen Sinowjew; mit Medwedew sind sie noch wesentlich größer als mit dem Genossen Troski und Sinowjew. Sowohl aber die Genossen, die in einigen politischen Fragen einen anderen Standpunkt vertreten als die Kompartiment, nicht Parteien koennen, keine Parteipaltung organisieren, vielmehr die Verbündete der Partei durchführen, kann auch nicht von irgendwelchen organisatorischen Maßnahmen die Rede sein. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen der Mehrheit und dem Genossen Troski begannen schon lange vor dem 14. Parteitag. Die Partei hat bereits mehrfach zur politischen Plattform des Genossen Troski Stellung genommen. In den Beschlüssen der 13. Parteikonferenz (Januar 1924) heißt es:

„Als Basis dieser Differenzen und auf Grund der Analyse des ganzen Charakters der Handlungen der Oppositionsvertreter gelangt die Reichsparteikonferenz zur Schlussfolgerung, daß wir in der Gestalt der heutigen Opposition es nicht nur mit einem Revisionismus des Bolschewismus, nicht nur mit einer direkten Abweichung vom Leninismus, sondern auch mit einer ausgesprochenen kleinbürgerlichen Abweichung zu tun haben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese „Opposition“ objektiv den Druck der Kleinbürgerlichkeit auf die Positionen der proletarischen Partei und deren Politik wider spiegelt. Die Prinzipien der innerparteilichen Demokratie deplani man außerhalb der Partei schon in erweitertem Sinne zu interpretieren, und zwar wird sie bedeuten als eine Schwächung des Diktaturs des Proletariats und eine Erweiterung der politischen Rechte der neuen Bourgeoisie.“

Bei der Tatsache, daß die RKP, die die Diktatur des Proletariats verkörpert, ein Monopolrecht auf die Hegemonie im Lande besitzt, ist es unvermeidlich, daß die innerlich am wenigsten feindseligen Gruppen der Kommunisten außen nicht proletarischen Einstellungen unterliegen. Die gesamte Partei muß sich über diese Gefahren klar sein und entscheiden für die Erhaltung der proletarischen Linie der Partei einstimmen.

Diese kleinbürgerliche Abweichung erhebt einen systematischen und energetischen Kampf unserer gesamten Partei.“

Diese Charakteristik wurde vom 13. Parteitag im vollen Umfang bestätigt. Der Parteitag betonte im besonderen das ideologische Wesen der Opposition als Ausdruck einer kleinbürgerlichen Abweichung. In der Resolution „Über die nächsten Aufgaben des Parteiaufbaues“ wird unter anderem gefragt:

„Raben dem Wachstum der politischen Aktivität der neuen bürgerlichen Schichten Aufschluß auf dem Lande, (Kleiner Männer in den Städten) wurde auch innerhalb unserer Partei ein Eindringen kleinbürgerlicher Stimmungen festgestellt. Die 13. Reichsparteikonferenz hat bereits die innerparteiliche Opposition Ende des vorherigen Jahres als „eine öffentlich kleinbürgerliche Abweichung“ gekennzeichnet.“

Die weniger widerstandsfähigen Elemente der Partei, hauptsächlich aus nichtproletarischen Bezirken und Zellen, sind diesem kleinbürgerlichen Einfluß zum Teil unterlegen. Für die Partei bedeuten jedoch solche Schwankungen eine außer-

ordentliche Gefahr sowohl wegen ihres dem Leninismus feindlichen ideologischen Inhalts, als auch wegen der möglichen Folgen für den Stand der proletarischen Diktatur in unserem Lande.

Unsere Partei, die die führende Partei der proletarischen Diktatur ist, muß nicht nur solche Schwankungen innerhalb der Partei mit aller Entschiedenheit abwehren, sondern auch ideologische und organisatorische Vorbereitungsmassnahmen gegen ihre Entwicklung in der Zukunft treffen.“

Kerner nahm der 5. Kongress der K.P. auf dem der Genossen Sinowjew den Vorort, zu den Meinungsverschiedenheiten zwischen der Partei und Troski gleichfalls Stellung. Der 5. Kongress der K.P. an dem sich der Genosse Sinowjew lebhaft beteiligte, zog bezüglich der Opposition von 1923 folgende Resolution:

„Der Kongress stellt fest, daß die Opposition in der RKP von den Gruppierungen in anderen Parteien (in der deutschen und französischen Partei usw.) unterstützt worden ist, die ebenso wie die Opposition in der RKP einen Ausdruck der rechten (opportunistischen) Abweichung in diesen Parteien darstellen und vom 5. Kongress der Kommunistischen Internationale verurteilt werden ist.“

Nach Anhören eines breiten Referats über die Lage der Sowjetunion und der RKP, nach Prüfung des Materials zu diesen Fragen in seinen Sitzungen beschloß der Kongress:

a) Im Namen des 5. Kongresses der Kommunistischen Internationale die Resolutionen des 13. Parteitags und des 13. Parteitages der RKP zu bestätigen, die die Plattform der Opposition als Plattform mit kleinbürgerlichem Einschlag und ihr Vorgehen als Bedrohung der Einheit der Partei und folglich auch der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion verurteilten.

b) Die Resolutionen des 13. Parteitags und des 13. Parteitages sind diesem Verbund beizutragen und als Beschuß des 5. Kongresses der Komintern zu veröffentlichen.“

Hierauf geht Genosse Sinowjew mit dem Genossen Troski zusammen.

Zur sogenannten „Arbeiteropposition“ fasste der vom Lenin geleitete 10. Parteitag nachstehenden Beschuß:

„Die Anhänger der „Arbeiteropposition“ und der ihr ähnlichen Elementen sind nicht nur theoretisch falsch, sondern stellen auch praktisch einen Ausdruck kleinbürgerlicher und anarchistischer Schwankungen dar, sie schwächen die starke Linie der Kommunistischen Partei und helfen tatsächlich den Klassen gegner der proletarischen Revolution.“

Der Kongress der RKP lehnt entschieden diese Idee ab, die individualistische und anarchistische Abweichungen zum Ausdruck bringen, und beschließt:

1. Notwendig ist ein unermüdlicher sozialistischer Kampf gegen diese Deern.

2. Die Propaganda dieser Bewegung ist mit der Zugehörigkeit zur RKP unvereinbar.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Genossen Sinowjew, Kamenew und der Mehrheit der Partei erzielten auf dem 14. Parteitag eine ausgeprägte Form. Es durfte wohl allgemein bekannt sein, in welcher Richtung sich diese Meinungsverschiedenheiten bewegten, wie jede Streitfrage auf dem Parteitag langjährig diskutiert wurde, wie der Standpunkt der neuen Opposition von dem Parteitag verurteilt wurde. Das Fazit an diesem Standpunkt wurde wie folgt charakterisiert:

„Aber gleichzeitig verurteilte der Parteitag ebenso entschieden (wie er die erste Abweichung, die Unterhöhung der Autonomie, verurteilte, D. Red.) die Verluste, die Grundfrage der kommunistischen Politik im Dorfe zu verwischen; die Frage des Kampfes um den Mittelbauern als zentrale Figur der Landwirtschaft und die Frage der Kooperation als grundlegende organisatorische Form der Bewegung des Dorfes zum Sozialismus.“

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen droht die zweite Abweichung mit der Rückkehr zur Politik des Konservatismus durch die Nekrolyse des Konservatismus und durch das Verlassen derjenigen Parteititel im Dorf, die bereits etliche politische Erfolge gewährleistete, und alles mit der Spaltung des Zusammenschlusses zwischen Proletariat und Bauern, das heißt mit der Spaltung unserer Landwirtschaft.“

Ja habe die Tatsate angeführt, um Ihnen die wichtigsten prinzipsiellen Momente des Kampfes der Partei, ihrer Kongresse und Konferenzen gegen die Abweichungen von der Leninistischen revolutionären proletarischen Parteipolitik ins Gedächtnis zu rufen. Diese Parteibeschlüsse sind niemals abgeändert worden und gelten auch augenscheinlich voll und ganz. Die prinzipsiellen Meinungsverschiedenheiten mit der gegenwärtigen Opposition ergeben sich in ihren Grundzügen aus den Entscheidungen der Partei und werden durch sie bestimmt. An sie können sie oberhauptswise wie auch früher zu organisatorischen Schlüsseleignungen in der Partei Anlaß geben.

Sie sind auch nicht die unmittelbare Ursache der organisatorischen Maßnahmen, die den Genossen Sinowjew, Lachowitsch und den anderen gegenüber gefasst wurden. Es wäre lächerlich, unnötig und verderblich, solche organisatorischen Maßnahmen Genossen gegenüber anzuwenden, die mit der Partei in einzelnen politischen Fragen auseinandergehen.

Die innerparteiliche Demokratie und die Einheit der Partei.

Trotz Schaffung in politischen Auseinandersetzungen bestehen können, ist eine ganz natürliche gesetzähnliche Entwicklung. Würde man deswegen Verfolgungen ausschließen, so wäre die innerparteiliche Demokratie ein leeres Wort. Organisatorische Maßnahmen kann nur dann notwendig, wenn auf dem Boden von Meinungsverschiedenheiten Gruppierungen und Fraktionen entstehen, wenn gegen die Parteihandlungen verstochen wird, wenn eine Spaltung droht.

Ich wiederhole: die Partei hat mit dem Genossen Troski viel größere Meinungsverschiedenheiten als mit den Genossen Sinowjew und Kamenew. Dazu kommt, daß Troski früher als die anderen eine von der Partei abgesetzte politische Plattform aufstellte

Arbeiter Sport

Unter falscher Flagge

legalte das spätere Dresdner wieder einmal aus Anlaß des 43. Bundesfestes des Deutschen Radfahrerbundes. Die Hauptstadt des Roten Sachsen hatte wieder einmal, wie beim Hindenburg-Besuch, ihren reaktionären Flaggenschmied angelegt. Schwarz-weiß-rot war Trumpf. Für uns ist an dieser Angelegenheit das wichtigste, daß sich an der Gestaltung des Festes auch alle bürgerlichen Sportorganisationen Dresdens beteiligten. Auch die, die den Sport und sich selbst immer als politisch vollkommen neutral bezeichneten, ließen offen ihre Mitglieder aufmarschieren, um ihre Gemeinschaft mit dem nicht minder reaktionären Deutschen Radfahrerbund zu befinden. Zu bedauern waren nur die höchst noch zahlreichen Arbeiter, die sich an den Veranstaltungen, insbesondere dem Festzuge, der am Sonntag stattfand, beteiligten. Das Jahr über in harter Form für andere schaffend, bildeten sie hier Stofflage für eine Veranstaltung, die unter monarchischem Banner uns wieder einmal an den Kriegsgeist erinnerte. Möge es für sie ein Spiekhaken gewesen, daß ihnen der Weg offenbar werde zu ihren Klassenbrüdern, die schon längst erkannten, welche arbeiterfeindliche Politik in den bürgerlichen Sportverbänden unter dem Mantel „politischer Neutralität“ getrieben wird. Wir kennen diese Art, den politischen Horizont der Volksmasse so weit als nur möglich einzuspannen, zur Genüge. Immer und immer wieder müssen wir allen juruen: heißt eure Arbeiterbrüder der Macht solcher arbeiterfeindlichen Organisationen zu entziehen. Führt sie den Arbeitersportorganisationen zu. Dann erst wird es uns möglich sein, das Gespenst des Militarismus, das diese Schwarz-weiß-rot freundlichen Organisationen in sich verkörpern, zu vertreiben. f.d.

Wasserballspiel

Dieses, alle in seinen Formen lebende Spiel im Wasser, ist aus England zu uns gekommen. In der Mitte der 90er Jahre wurde das erste Spiel in England gespielt, allerdings in sehr primitiver Form. Die Siele der Tore mührten Blasen herunter. Spielregeln gab es ebenfalls noch nicht; man hatte nur das Fußballspiel in etwas abgewandelter Form und mit Reduzierung des Spielfelds und Spielerzahlen auf das Wasser übertragen. 1878 dienten dann die ersten Spielregeln entstanden. Das Spiel fand im England rückigen Anfang und breitete sich sehr rasch aus.

Wie alle Kampfspiele, wurde auch das Wasserballspiel eifrig betrieben; die Ausbildung der Spieler wurde pionierhaft und langfristig vorgenommen, so daß auch in dieser Sportart die Engländer bald beachtliche Leistungen aufzuweisen hatten. Bei aller Dürkheit ist der Engländer immer Sportmann, der immer ein ehrliches und anständiges Spiel liefert.

Ansfangs der 90er Jahre wurde das Wasserballspiel nach Deutschland verpflichtet. Ein Berliner Schwimmer brachte es aus London mit. Aber es dauerte längere Zeit, bis man sich mit dem Spiel beschäftigte. Die ersten deutschen Spielregeln wurden 1898 von A. Baer herausgegeben, doch zeigte sich bald deren Unzulänglichkeit. Erich Dosemer gab deshalb 1900 neue, völlig umgearbeitete Regeln heraus, die den englischen mehr angepaßt waren. Aber auch jetzt noch wurde in Deutschland nicht noch einheitliche Regeln gespielt. Viele Vereine hatten eigene Spielregeln, andere spielten nach den englischen. Selbst als 1904 der DSB die ersten verbandsetzende herausgegebenen Regeln veröffentlichte, nutzte das nicht allzuviel.

Längere Zeit war noch überall ein Testen und Suchen nach besseren Formen des Spieles zu beobachten.

Die Regeln des Arbeiter-Schwimmverbundes glichen den übrigen damals bestehenden bis auf einige Abänderungen. Das Testen war auch hier gestoppt. Auf den Bündestagungen tobte der Kampf um Verbesserung und Verbot des Tauchens.

Die ersten Spielregeln wurden dann in dem Regelbuch veröffentlicht. Aber auch jetzt noch ist man bestrebt, die Befreiungen über das Spiel zu verbessern. Unsere heutigen Spielregeln werden solange nicht alle Wünsche erfüllen, wie es noch Spieler gibt, die sich nicht von dem Geiste des ethischen Spieles leiten lassen, vielmehr ver suchen, den Sieg um jeden Preis zu erringen. Nicht die Regeln allein tun es, sondern die Erziehung der Spieler ist eine der wichtigsten Fragen im Wasserballspiel. Die Heranbildung ehrlicher, befähigter Schiedsrichter wird dazu wesentlich beitragen.

Die Ausbreitung des Spieles hat in den letzten Jahren außerordentlich zugenommen.

Das Wasserballspiel ist ein notwendiger Bestandteil unserer schwimmorientierten Veranstaltungen geworden; eine Veranstaltung ohne ein oder mehrere Spiele ist gar nicht mehr denkbar. Die Technik des Spieles hat sich in erstaunlicher Weise außerordentlich gehoben.

Im Leichter-Turn- und Sportbund beschäftigen sich auch Frauen und Kinder mit diesem Kampfspiel. Wenn es auch zunächst nur schlichte Versuche sind, so darf man aber auf eine weitere Entwicklung hoffen. Das Fußballspiel ist für Frauen nicht geeignet, aber Wasserball kann von ihnen ohne weiteres gespielt werden, wenn sie sich demüthen, die nötige Regelkenntnis und Technik zu erwerben.

Sie erlernen sich damit Kraft, Schnelligkeit, Gewandtheit, schnelle Entwickelbarkeit — also Eigenarten, die auch im sonstigen Leben gut zu gebrauchen sind. f.d.

Tumspiele des 2. Bezirkes

Fußball. Mitglieder: Alstadt 2-Wilsdruff 1:6:8, 1885 2-Neustadt 3:10:1, Radebe 3-Neustadt 3:9:2, Güterstraße 1-1885 1:10:4, 1885 Lamp.-Neustadt 3:10:1, Löbtau 2-Neustadt 2:5:3, Neustadt 2-Rähnitz 2:10:9 — Zugabe: Radebe 1-Güterstraße 1:11:1, Radebe 2-Güterstraße 2:2:1, Radebe 2-Heidenau 2

3:3, 1885 1-Ottendorf 1:2:1, Plauen 1-Neustadt 1:8:0, — Sportfreunde: Alstadt 1-Löbtau 1:5:1, Alstadt 1-Radebe 2:5:2, Radebe 1-DSB 1:1:0, Heidenau 1-1885 1:1:0, Trommelball, Röthenbach 1-Süd 1 (Verbandsmeister Röthenbach gew.)

Fußball. Etzia 1-Alstadt 1:1:0, Weißwiese 1-Südosten 1:2:0, Friedrichstadt 1-1885 1:0:0.

Schlagball. Grübler: Weißwiese 1-Südosten 1:4:44.

Reihenfolge vom Gruppenmeisterschaftstag der 2. Gruppe des 2. Bezirks erscheinen am Dienstag.

Krippen. Am Sonntag, den 18. Juli, konnte die Freie Turn- und Sport-Vereinigung Krippen ihr 1. Sportfest veranstalten. Der Verein wurde am 2. Januar 1920 gegründet. Im Juli 1920 mührten wie untern Turnbetrieb, weil der größte Teil der Turner zum Deutschen Turnverein übertrat, einstellen. Im Juli 1925 gelang es uns, eine Fußballdmannschaft zusammenzubringen. Dadurch gewannen wir neue Mitglieder und können heutzutage 5 Mannschaften stellen (1 Vollm., 2 Jugendm., 1 Schülerm.). Der Turnbetrieb konnte die jetzt noch nicht wieder einsetzen werden. Deshalb senden wir unserem Sportfest nur Fußballdammlspiels statt. Heute 9 Uhr nahm das Heil seinen Anfang mit einem Jugendspiel Krippen 3:3-Heidenau 3:3 (4:0). Anschließend folgte Technik gewann Heidenau 10:1 (4:0). Anschließend spielt Heidenau 3:3. Da hier der Gegner nicht erschien, wurde unsere 1. Vollm. kompakt mit 1:3 enden. Hier folgt Heidenau mit 8:1 (4:1). Hierzu folgt wieder ein Jugendspiel. Krippen 2-Königstein 1. Resultat: 3:2 (2:1) für Krippen. Um 1 Uhr war Stellen zum Aufzug. Zwischen 2:30 Sportler, voran der Spielmannszug von Königstein, jagen durch den Ort. Die durch krasse Disziplin sich auszeichnenden Sportler ermittelten bei den Einwohnern einer sehr guten Empfindung. Krippen hat ein sehr artiges Sportfest noch nicht erlebt. Auf dem Sportplatz angekommen, sieht Sportjedole Ehrlich, Pirna, die Festrede. Es war eine lehrreiche und für das bürgerlich eingestellte Dorf sehr passende Ansprache. Danach begrüßte der 1. Vorsitzende der Freien Turn- und Sport-Vereinigung Krippen, Genosse Kurt Harsch, die erschienenen Sportler und Gäste. Er forderte alle auf, auch in Zukunft, wenn der Verein wieder an sie herantrete, so ehrlich wie erscheinen. Mit fröhlichem Frei Heil auf das Blümchen der Arbeitersportbewegung schlossen die Ansprachen. Bei ungefähr 300 Zuhörern nahmen die Spiele dann ihre Fortsetzung. Das Heil ist uns gefangen und wir danken allen Freunden für ihre Unterstützung. Den Einwohnern rufen wir zu: Beherrschigt die Ausführungen des Geistes! Tretet aus dem bürgerlichen Sportverein aus! Schließt euch dem Arbeitersportverein an! Durch eure und eurer Kinder Mitgliedschaft in dem bürgerlichen Sportverein unterstützt ihr eure Klassengenossen. Wie kann ein überzeugter Arbeiter im bürgerlichen Sportverein sein? Die Gemeinde legt die Spieldatei nach der Stärke der Mitglieder fest. Deshalb haben wir nur einen und die Bürgerlichen 5 Tage den Sportplatz zur Verfügung. Da möchte jeder ehrlich Denkende seinen Übertritt zu dem Arbeitersportverein vollziehen. Wir marxistischen vorwärts iron allem!

das Reformhaus des Verbandes Volksgesundheit befindet sich jetzt Freiberger Platz 10 und liefert alle Artikel für Reformkost, Gesundheits- u. Krankenpflege

Fußballmeisterschaft 1885 (Weißigau). Mittwoch, 11. Aug. 9 Uhr Spielausschreibung Gasthof. — Freitag, den 13. Aug. 8 Uhr Mitgliederversammlung Gasthof.

Freie Turner und Sportler Leuben. Sonnabend, 14. Aug. abends 7:30 Uhr im Jugendheim Leuben. Monatsversammlung. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Sport- und Kulturtreffpunkt Leuna. Mittwoch, den 11. August, abends 8 Uhr im Gasthof „Heiteres Bild“. Deutscher Vorort über: „Die Bedeutung des Sport- und Kulturtreffpunkts und was kann uns vom bürgerlichen Sport?“ Eintritt frei, jede Genossin und jeder Genosse darf teilnehmen. — Die Kartellierung findet am 18. August statt.

Freie Wasserpolizei 1885 (Weißigau). Mittwoch, 11. Aug. 9 Uhr Spielausschreibung Gasthof. — Freitag, den 13. Aug. 8 Uhr Mitgliederversammlung Gasthof.

Donnerstag, den 12. August, abends 8 Uhr, Sitzung im Rathaus zum Rückbau. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Delegierten ist Pflicht. Von 7 Uhr an Wahlversammlung in demselben Raum.

Radeberg. Beteiligung an der Gewerkschaftsversammlung abends 7:30 Uhr im „Deutschen Haus“.

Freitag, den 13. August:

Abteilung 11. Abends 7:30 Uhr Mitgliederversammlung im Königshof.

Radeberg. Beteiligung an der Gewerkschaftsversammlung abends 7:30 Uhr im „Deutschen Haus“.

Freitag, den 13. August:

Abteilung 11. Abends 7:30 Uhr Mitgliederversammlung im Königshof.

Radeberg. Beteiligung an der Gewerkschaftsversammlung abends 7:30 Uhr im „Deutschen Haus“.

Freitag, den 13. August:

Abteilung 11. Abends 7:30 Uhr Mitgliederversammlung im Königshof.

Radeberg. Beteiligung an der Gewerkschaftsversammlung abends 7:30 Uhr im „Deutschen Haus“.

Freitag, den 13. August:

Abteilung 11. Abends 7:30 Uhr Mitgliederversammlung im Königshof.

Radeberg. Beteiligung an der Gewerkschaftsversammlung abends 7:30 Uhr im „Deutschen Haus“.

Freitag, den 13. August:

Abteilung 11. Abends 7:30 Uhr Mitgliederversammlung im Königshof.

Radeberg. Beteiligung an der Gewerkschaftsversammlung abends 7:30 Uhr im „Deutschen Haus“.

Freitag, den 13. August:

Abteilung 11. Abends 7:30 Uhr Mitgliederversammlung im Königshof.

Radeberg. Beteiligung an der Gewerkschaftsversammlung abends 7:30 Uhr im „Deutschen Haus“.

Freitag, den 13. August:

Abteilung 11. Abends 7:30 Uhr Mitgliederversammlung im Königshof.

Radeberg. Beteiligung an der Gewerkschaftsversammlung abends 7:30 Uhr im „Deutschen Haus“.

Freitag, den 13. August:

Abteilung 11. Abends 7:30 Uhr Mitgliederversammlung im Königshof.

Radeberg. Beteiligung an der Gewerkschaftsversammlung abends 7:30 Uhr im „Deutschen Haus“.

Freitag, den 13. August:

Abteilung 11. Abends 7:30 Uhr Mitgliederversammlung im Königshof.

Radeberg. Beteiligung an der Gewerkschaftsversammlung abends 7:30 Uhr im „Deutschen Haus“.

Freitag, den 13. August:

Abteilung 11. Abends 7:30 Uhr Mitgliederversammlung im Königshof.

Radeberg. Beteiligung an der Gewerkschaftsversammlung abends 7:30 Uhr im „Deutschen Haus“.

Freitag, den 13. August:

Abteilung 11. Abends 7:30 Uhr Mitgliederversammlung im Königshof.

Radeberg. Beteiligung an der Gewerkschaftsversammlung abends 7:30 Uhr im „Deutschen Haus“.

Freitag, den 13. August:

Abteilung 11. Abends 7:30 Uhr Mitgliederversammlung im Königshof.

Radeberg. Beteiligung an der Gewerkschaftsversammlung abends 7:30 Uhr im „Deutschen Haus“.

Freitag, den 13. August:

Abteilung 11. Abends 7:30 Uhr Mitgliederversammlung im Königshof.

Radeberg. Beteiligung an der Gewerkschaftsversammlung abends 7:30 Uhr im „Deutschen Haus“.

Freitag, den 13. August:

Abteilung 11. Abends 7:30 Uhr Mitgliederversammlung im Königshof.

Radeberg. Beteiligung an der Gewerkschaftsversammlung abends 7:30 Uhr im „Deutschen Haus“.

Freitag, den 13. August:

Abteilung 11. Abends 7:30 Uhr Mitgliederversammlung im Königshof.

Radeberg. Beteiligung an der Gewerkschaftsversammlung abends 7:30 Uhr im „Deutschen Haus“.

Freitag, den 13. August:

Abteilung 11. Abends 7:30 Uhr Mitgliederversammlung im Königshof.

Radeberg. Beteiligung an der Gewerkschaftsversammlung abends 7:30 Uhr im „Deutschen Haus“.

Freitag, den 13. August:

Abteilung 11. Abends 7:30 Uhr Mitgliederversammlung im Königshof.

Radeberg. Beteiligung an der Gewerkschaftsversammlung abends 7:30 Uhr im „Deutschen Haus“.

Freitag, den 13. August:

Abteilung 11. Abends 7:30 Uhr Mitgliederversammlung im Königshof.

Radeberg. Beteiligung an der Gewerkschaftsversammlung abends 7:30 Uhr im „Deutschen Haus“.

Freitag, den 13. August:

Abteilung 11. Abends 7:30 Uhr Mitgliederversammlung im Königshof.

Radeberg. Beteiligung an der Gewerkschaftsversammlung abends 7:30 Uhr im „Deutschen Haus“.

Freitag, den 13. August:

Abteilung 11. Abends 7:30 Uhr Mitgliederversammlung im Königshof.

Radeberg. Beteiligung an der Gewerkschaftsversammlung abends 7:30 Uhr im „Deutschen Haus“.

Freitag, den 13. August:

Abteilung 11. Abends 7:30 Uhr Mitgliederversammlung im Königshof.

Radeberg. Beteiligung an der Gewerkschaftsversammlung abends 7:30 Uhr im „Deutschen Haus“.

Freitag, den 13. August:

Abteilung 11. Abends 7:30 Uhr Mitgliederversammlung im Königshof.

17. ordentlicher Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes

(Fortsetzung.)

2. Verhandlungstag.

Döhmann (Schlußwort): Das Zusammenarbeiten zwischen Ausdruck und Vorstand war stets einmütig. Für die Betriebsräte hat der Verband mehr getan, wie die übrigen Organisationen; für Sonderkonferenzen liegt keine Veranlassung vor. Die Bestimmungen zu den Betriebsräten wahlen auf dem nächsten Verbandstag sollen bleiben. An der Arbeit des Verbandes für die Gewerkschaften ist hier keine abendende Kritik geübt worden. Der Vorstand ist sich mit dem Verbandstag durchaus bewußt, daß der Frauenausbau die größte Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Unsere Einstellung zu den Industrieverbänden ist bestens; wir werden weiterhin alles tun, um die Bildung von Industrieverbänden im Rahmen des ADGB durchzuführen. Es empfiehlt eine Entscheidung der Zentralen und Genossen (SPD), wodurch die Anträge zu diesen Fragen erledigt seien. Die Jugendanträge sollen die erste Beurteilung des Vorstandes finden. Die Beziehungen zu den ausländischen Betriebsorganisationen sind den Verbänden bestens. Wir lehnen es auch keineswegs ab, eine durch Wahlen zustandekommende Delegation nach Rußland zu senden. Das hat jedoch zur Voraussetzung, daß erst einmal die strittigen Fragen mit dem allgemeinen Metallarbeiter-Verband geklärt werden. Wir sind noch im Stadium der Verhandlungen und der Verhandlung steht noch nicht festgelegt. Von dem Antrag Kummer, 3000 Mark zur Amerikafreizeit zu bewilligen, hat der Vorstand erst durch seinen (Kummer: „Auerhöft“) Antrag nicht zur Annahme empfohlen. Redner empfiehlt, eine Reihe Anträge betreffend Gehaltsregelung, Konsumgenossenschaft, Zusammenarbeit mit anderen Verbänden dem Vorstand zu überweisen. Bei allen von der Opposition gestellten Anträgen empfiehlt Döhmann Abstimmung oder Überweisung, bei seinem Antrage. Er polemisiert beifall gegen die Kommunisten. Die Entscheidung zur Freilassung politischer Gefangenen habe die Sympathie des Vorstandes, und obwohl er sich mit dem Wort nicht identifizierte, empfiehlt er deren Annahme.

Zur Diskussion über den Geschäftsbericht glaubt er festzustellen zu müssen, daß die Opposition nicht den Beweis erbracht habe, der Metallarbeiter-Verband habe bei Abschluß von Tarifverträgen der Überschreitung des Arbeitstages Vorwand geschaffen. Er muß aber zugeben, daß einige Tarifverträge Überarbeitszeit zulassen. Er sieht sich gezwungen, sehr bestig die Angriffe der Opposition abzuwehren und erklärt, daß der Vorstand nicht daran diente, sich mit allen Einzelheiten der Kundgebungen und Handlungen des ADGB zu identifizieren. Doch sei der ADGB mit allen Banden der Sozialität mit dem ADGB verbunden. Es sei unhöflich, schon jetzt zum Kampf in England kritisch Stellung zu nehmen und er lehnt mit dieser Begegnung auch alle Schlüffolgerungen aus dem Lehren des englischen Kampfes ab. Zu dem Vorwurf, die Tätigkeit des Verbandes sei reformistisch, erklärte er, daß die Tätigkeit des Verbandes sich nicht nur in der Erfüllung der Tagesarbeit erkenne, sondern auch das große Ziel des Sozialismus verfolge. Die Gewerkschaften hätten dafür zu sorgen, daß die Klassenfeinde nicht zerstört und entneigt für den Kampf um den Sozialismus unbrauchbar würden. Die Arbeit der Gewerkschaften sei Lebensarbeit im Dienste der Arbeiterklasse der ganzen Welt.

Es erfolgt eine Reihe persönlicher Bemerkungen. Genosse Soeklow erklärte, daß er seit 1 Jahr Jugendaktivist des PAB sei und damit dem Vorwurf, er lämmere sich erst seit Ende des Jugendzuges, gegenstandslos sei. Genosse Encke stellt gegenüber den Behauptungen Leiparts, seine Ausführungen durch Tarifverträge seien eine Befreiung des ADGB, fest, daß er nur Tarifmaterial vorgebracht und aus der Vertragszeit des ADGB zitiert habe. Dort ist der entscheidende Satz enthalten: „Sollte Abweichungen (vom Arbeitstag) zu verhindern, gibt der Tarifvertrag die Möglichkeit.“ Der Kollege Döhmann habe sich mit den Ausführungen Leiparts vollkommen solidarisiert und somit keine zweideutige Stellungnahme zu den Fragen Überarbeit und Arbeitsgemeinschaft offenbart. Genosse Rautenkraat erklärte, er habe sich rechtzeitig als Redner gemeldet und sei trotzdem in der Rednerliste ziemlich als letzter verzeichnet, so daß er nur durch den Schlusshandzug nicht in der Lage war, die Angriffe Döhmanns auf die Solinger Ortsverwaltung zurückzuweisen und richtig zu stellen.

Abstimmung über die Anträge zum Geschäftsbericht.

Im weiteren Verlauf des 2. Verhandlungstages wird über die Entschließung Red und Genossen (SPD), namentlich abgestimmt und diele mit 105 gegen 28 Stimmen angenommen. Die eingehende Entschließung der Opposition ist dadurch erledigt. Gegen eine Reihe anderer von der Opposition gestellter Anträge. Der Antrag einer Betriebskasse-Konferenz einzuberufen, wird abgelehnt und eine Reihe weiterer Anträge werden gegen die Stimmen der Opposition teils dem Vorstand überwiesen, teils als erledigt erklärt. Der Antrag über Frauenausbau wird gestellt, der erste Abstieg mit Mehrheit angenommen, die Einschaltung einer Frauenwerbewoche wird dem Vorstand überwiesen. Die Anträge betreffend Jugendfragen werden teils abgelehnt, teils gegen die Stimmen der Opposition dem Vorstand überwiesen.

Die Entsendung einer Studienkommission nach Sowjetrußland wird nach dem Vorschlag Döhmanns von Bedingungen abhängig gemacht. Der Antrag Kummer, 3000 Mark zu einer Amerikafreizeit zu be- willigen, wird abgelehnt.

Der Antrag, den englischen Bergarbeiter eine finanzielle Unterstützung zu gewähren, soll nach dem Vorschlag des Vorstandes dadurch erledigt sein, daß ein Sympathietelegramm an die Bergarbeiter-Internationale gesandt wird. Gegen diese Begründung protestiert energisch die Opposition. Es sei unbedingt uns feige, einer soart Stellungnahme abzuweichen. Döhmann erklärt, daß die Unterstreichung der tätigen Bergarbeiter nach den Geschäftslinien der Bergarbeiter-Internationale erfolge. Die Opposition widerspricht. Der Vorstand erläutert noch Widersprüche der Opposition diesen Antrag für erledigt.

Wirtschaftsfragen und Gewerkschaften.

Über dieses Thema sind zwei Referenten vorgesehen und als erster Referent erhält Dr. Schäfer, Regierungsbau- meister a. D., daß Wort. Er gibt zunächst einen historischen Überblick über die Entwicklung der Wirtschaft, ohne daß dabei seine Ausführungen von marxistischen Grundsätzen geleitet sind. Die Konzentrationsbestrebungen der verschiedensten Industriezweige hält er zur Hebung der Wirtschaft für lebensnotwendig. Im Bereich Großindustrie sei die Leistungsfähigkeit Deutschlands noch nicht voll ausgenutzt und die Wirtschaft habe durch die Nationalisierung und Steigerung der Produktion eine bedeutende Entwicklung erfahren.

Seine ganzen Ausführungen gipsteten darin, daß der deutsche Arbeiter auch in der rationalisierten Wirtschaft unentbehrlich sei, daß genau wie in Amerika die Löhne der Arbeiter steigen würden, wenn auch dabei die unerlernten Arbeiter in ihrer Lebenshaltung eingeschraubt würden. Als zweiter Referent spricht über das Thema Professor Hirsh. Er verläuft mit Hilfe der Theorie von Bassalle und Rosa Luxemburg eine Analyse der kapitalistischen Wirtschaft und der Krisenbedingungen der Arbeiterschaft zu geben, ohne dabei die revolutionären Konsequenzen daraus zu ziehen. Die Folge des Krieges sei eine ungeheure Verarmung der Arbeiternationen der ganzen Welt. Deutsche Methoden des Wiederaufbaues der kapitalistischen Wirtschaft hätten diese Verarmung noch verschärft. Die Krise der Eisenindustrie sei hervorgerufen durch den Verlust ihres Hauptabnehmers, Schiffbau und Eisenbahn.

Zur Frage der Rationalisierung erklärt er, daß jede technische Verbesserung Ersparnis in der Wirtschaft bedeutet und dadurch in der Folge eine Befreiung der Lage der Massen eintreten müsse, da die Kapitalisten gespannt seien, ihren geheissen Profit wieder in die Wirtschaft zu stecken. Die Arbeitslosigkeit habe nicht zuletzt ihre Ursache auch darin, daß Deutschland etwa 4 Millionen Erwerbstätige mehr habe als vor dem Kriege. Die Pionier-Politik der Bauten verhindere eine vernünftige Kreiswirtschaft im Inlande. Was an einer Seite der Wirtschaft gelöst würde, würde sich an anderer Seite nicht aus. Einige Wirtschaftsführer, die nicht gerade im Interesse der Arbeiterschaft stehen, hätten erstaunt, es sei besser, die Tarifabschlusserklärung zu ziehen, als Arbeitslose produktiv zu beschäftigen. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung sei grundsätzlich richtig. Es habe nur zwei Fehler. Erstens sei es sechs Monate zu spät entworfen worden und wurde 12 Monate zu spät ausgeführt, und zweitens sei es allem Anschein nach noch unvollkommen.

Die Fortdauerung nach Wirtschaftsdemokratie sei illusorisch. Trotzdem er in diesem Zusammenhang einige für die Gewerkschaftsführung bessere Wahrheiten sagt, erklärt er im gleichen Atemzug, daß die Gewerkschaftsführer das Augenmerk der Wirtschaft aufzuladen müssten.

Die belgischen Gewerkschaften und der Kampf gegen den Faschismus

Der belgische Gewerkschaftsbund hielt vom 31. Juli bis 2. August in Brüssel seinen ordentlichen Jahreskongress ab. Dem Kongress wurden wichtige Vorschläge unterbreitet, um den Kampf gegen den Faschismus zu führen. Es wurde die Gründung einer Widerstandskette vorsogen. Der Sekretär De Blanque unterbreitete dem Kongress einen Bericht, daß eine Arbeitswelle geschaffen werden müsse, um bereit zu sein, reaktionäre Bedrohungen sofort energisch zurückzuschlagen zu können.

(Fortschaltung folgt.)

Am dritten Verhandlungstag zeigte sich die ganze schrille Phrasologie Döhmanns dadurch, daß er in seinem Schlußwort nicht den Mut fand, die absolute Arbeitergemeinschaftlichen Ausführungen Leiparts zurückzuweisen. Im Gegenteil, er solidarisierte sich vollkommen mit ihnen und bewies damit, daß er ein treuer Diener seines Herrn ist. Deutlich ist die Rolle der Döhmanns in der Gewerkschaftsbewegung gefestigt.

Die Abstimmung des 2. Verhandlungstages waren die beiden Referate über „Wirtschaft und Gewerkschaften“. Der Vorstand hatte sich als Referenten 2 und 3 verabschiedet, von denen der eine, Regierungsbaumeister a. D. Dr. Schäfer, seine als Anwalt der Unternehmer plädierte, und Herr Professor Hirsh pseudo-märtyrische Theorien vertrat, die der Verbandstag mit lächerlicher Unbedeutung als der Weisheiten leicht abweichen konnte. Ein Antrag der Opposition, der zum Jahreskongress des Kriegsausbruchs Stellung nimmt und die Einheit der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt fordert, wird noch Änderungen in Teile, gegen die die Opposition protestiert, angenommen.

Der Donnerstagabend bleibt wegen einer Belgienabfahrt freigeblieben.

Am dritten Verhandlungstag glaubt er, daß die ganze schrille Phrasologie Döhmanns dadurch, daß er in seinem Schlußwort nicht den Mut fand, die absolute Arbeitergemeinschaftlichen Ausführungen Leiparts zurückzuweisen. Im Gegenteil, er solidarisierte sich vollkommen mit ihnen und bewies damit, daß er ein treuer Diener seines Herrn ist. Deutlich ist die Rolle der Döhmanns in der Gewerkschaftsbewegung gefestigt.

Die Abstimmung des 2. Verhandlungstages waren die beiden Referate über „Wirtschaft und Gewerkschaften“. Der Vorstand hatte sich als Referenten 2 und 3 verabschiedet, von denen der eine, Regierungsbaumeister a. D. Dr. Schäfer,

seine als Anwalt der Unternehmer plädierte, und Herr Professor Hirsh pseudo-märtyrische Theorien vertrat, die der Verbandstag mit lächerlicher Unbedeutung als der Weisheiten leicht abweichen konnte. Ein Antrag der Opposition, der zum Jahreskongress des Kriegsausbruchs Stellung nimmt und die Einheit der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt fordert, wird noch Änderungen in Teile, gegen die die Opposition protestiert, angenommen.

Der Donnerstagabend bleibt wegen einer Belgienabfahrt freigeblieben.

Am dritten Verhandlungstag zeigte sich die ganze schrille Phrasologie Döhmanns dadurch, daß er in seinem Schlußwort nicht den Mut fand, die absolute Arbeitergemeinschaftlichen Ausführungen Leiparts zurückzuweisen. Im Gegenteil, er solidarisierte sich vollkommen mit ihnen und bewies damit, daß er ein treuer Diener seines Herrn ist. Deutlich ist die Rolle der Döhmanns in der Gewerkschaftsbewegung gefestigt.

Die Abstimmung des 2. Verhandlungstages waren die beiden Referate über „Wirtschaft und Gewerkschaften“. Der Vorstand hatte sich als Referenten 2 und 3 verabschiedet, von denen der eine, Regierungsbaumeister a. D. Dr. Schäfer,

seine als Anwalt der Unternehmer plädierte, und Herr Professor Hirsh pseudo-märtyrische Theorien vertrat, die der Verbandstag mit lächerlicher Unbedeutung als der Weisheiten leicht abweichen konnte. Ein Antrag der Opposition, der zum Jahreskongress des Kriegsausbruchs Stellung nimmt und die Einheit der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt fordert, wird noch Änderungen in Teile, gegen die die Opposition protestiert, angenommen.

Der Donnerstagabend bleibt wegen einer Belgienabfahrt freigeblieben.

Am dritten Verhandlungstag glaubt er, daß die ganze schrille Phrasologie Döhmanns dadurch, daß er in seinem Schlußwort nicht den Mut fand, die absolute Arbeitergemeinschaftlichen Ausführungen Leiparts zurückzuweisen. Im Gegenteil, er solidarisierte sich vollkommen mit ihnen und bewies damit, daß er ein treuer Diener seines Herrn ist. Deutlich ist die Rolle der Döhmanns in der Gewerkschaftsbewegung gefestigt.

Die Abstimmung des 2. Verhandlungstages waren die beiden Referate über „Wirtschaft und Gewerkschaften“. Der Vorstand hatte sich als Referenten 2 und 3 verabschiedet, von denen der eine, Regierungsbaumeister a. D. Dr. Schäfer,

seine als Anwalt der Unternehmer plädierte, und Herr Professor Hirsh pseudo-märtyrische Theorien vertrat, die der Verbandstag mit lächerlicher Unbedeutung als der Weisheiten leicht abweichen konnte. Ein Antrag der Opposition, der zum Jahreskongress des Kriegsausbruchs Stellung nimmt und die Einheit der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt fordert, wird noch Änderungen in Teile, gegen die die Opposition protestiert, angenommen.

Der Donnerstagabend bleibt wegen einer Belgienabfahrt freigeblieben.

Am dritten Verhandlungstag zeigte sich die ganze schrille Phrasologie Döhmanns dadurch, daß er in seinem Schlußwort nicht den Mut fand, die absolute Arbeitergemeinschaftlichen Ausführungen Leiparts zurückzuweisen. Im Gegenteil, er solidarisierte sich vollkommen mit ihnen und bewies damit, daß er ein treuer Diener seines Herrn ist. Deutlich ist die Rolle der Döhmanns in der Gewerkschaftsbewegung gefestigt.

Die Abstimmung des 2. Verhandlungstages waren die beiden Referate über „Wirtschaft und Gewerkschaften“. Der Vorstand hatte sich als Referenten 2 und 3 verabschiedet, von denen der eine, Regierungsbaumeister a. D. Dr. Schäfer,

seine als Anwalt der Unternehmer plädierte, und Herr Professor Hirsh pseudo-märtyrische Theorien vertrat, die der Verbandstag mit lächerlicher Unbedeutung als der Weisheiten leicht abweichen konnte. Ein Antrag der Opposition, der zum Jahreskongress des Kriegsausbruchs Stellung nimmt und die Einheit der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt fordert, wird noch Änderungen in Teile, gegen die die Opposition protestiert, angenommen.

Der Donnerstagabend bleibt wegen einer Belgienabfahrt freigeblieben.

Am dritten Verhandlungstag zeigte sich die ganze schrille Phrasologie Döhmanns dadurch, daß er in seinem Schlußwort nicht den Mut fand, die absolute Arbeitergemeinschaftlichen Ausführungen Leiparts zurückzuweisen. Im Gegenteil, er solidarisierte sich vollkommen mit ihnen und bewies damit, daß er ein treuer Diener seines Herrn ist. Deutlich ist die Rolle der Döhmanns in der Gewerkschaftsbewegung gefestigt.

Die Abstimmung des 2. Verhandlungstages waren die beiden Referate über „Wirtschaft und Gewerkschaften“. Der Vorstand hatte sich als Referenten 2 und 3 verabschiedet, von denen der eine, Regierungsbaumeister a. D. Dr. Schäfer,

seine als Anwalt der Unternehmer plädierte, und Herr Professor Hirsh pseudo-märtyrische Theorien vertrat, die der Verbandstag mit lächerlicher Unbedeutung als der Weisheiten leicht abweichen konnte. Ein Antrag der Opposition, der zum Jahreskongress des Kriegsausbruchs Stellung nimmt und die Einheit der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt fordert, wird noch Änderungen in Teile, gegen die die Opposition protestiert, angenommen.

Der Donnerstagabend bleibt wegen einer Belgienabfahrt freigeblieben.

Am dritten Verhandlungstag zeigte sich die ganze schrille Phrasologie Döhmanns dadurch, daß er in seinem Schlußwort nicht den Mut fand, die absolute Arbeitergemeinschaftlichen Ausführungen Leiparts zurückzuweisen. Im Gegenteil, er solidarisierte sich vollkommen mit ihnen und bewies damit, daß er ein treuer Diener seines Herrn ist. Deutlich ist die Rolle der Döhmanns in der Gewerkschaftsbewegung gefestigt.

Die Abstimmung des 2. Verhandlungstages waren die beiden Referate über „Wirtschaft und Gewerkschaften“. Der Vorstand hatte sich als Referenten 2 und 3 verabschiedet, von denen der eine, Regierungsbaumeister a. D. Dr. Schäfer,

seine als Anwalt der Unternehmer plädierte, und Herr Professor Hirsh pseudo-märtyrische Theorien vertrat, die der Verbandstag mit lächerlicher Unbedeutung als der Weisheiten leicht abweichen konnte. Ein Antrag der Opposition, der zum Jahreskongress des Kriegsausbruchs Stellung nimmt und die Einheit der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt fordert, wird noch Änderungen in Teile, gegen die die Opposition protestiert, angenommen.

Der Donnerstagabend bleibt wegen einer Belgienabfahrt freigeblieben.

Am dritten Verhandlungstag zeigte sich die ganze schrille Phrasologie Döhmanns dadurch, daß er in seinem Schlußwort nicht den Mut fand, die absolute Arbeitergemeinschaftlichen Ausführungen Leiparts zurückzuweisen. Im Gegenteil, er solidarisierte sich vollkommen mit ihnen und bewies damit, daß er ein treuer Diener seines Herrn ist. Deutlich ist die Rolle der Döhmanns in der Gewerkschaftsbewegung gefestigt.

Die Abstimmung des 2. Verhandlungstages waren die beiden Referate über „Wirtschaft und Gewerkschaften“. Der Vorstand hatte sich als Referenten 2 und 3 verabschiedet, von denen der eine, Regierungsbaumeister a. D. Dr. Schäfer,

seine als Anwalt der Unternehmer plädierte, und Herr Professor Hirsh pseudo-märtyrische Theorien vertrat, die der Verbandstag mit lächerlicher Unbedeutung als der Weisheiten leicht abweichen konnte. Ein Antrag der Opposition, der zum Jahreskongress des Kriegsausbruchs Stellung nimmt und die Einheit der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt fordert, wird noch Änderungen in Teile, gegen die die Opposition protestiert, angenommen.

Der Donnerstagabend bleibt wegen einer Belgienabfahrt freigeblieben.

Am dritten Verhandlungstag zeigte sich die ganze schrille Phrasologie Döhmanns dadurch, daß er in seinem Schlußwort nicht den Mut fand, die absolute Arbeitergemeinschaftlichen Ausführungen Leiparts zurückzuweisen. Im Gegenteil, er solidarisierte sich vollkommen mit ihnen und bewies damit, daß er ein treuer Diener seines Herrn ist. Deutlich ist die Rolle der Döhmanns in der Gewerkschaftsbewegung gefestigt.

Die Abstimmung des 2. Verhandlungstages waren die beiden Referate über „Wirtschaft und Gewerkschaften“. Der Vorstand hatte sich als Referenten 2 und 3 verabschiedet, von denen der eine, Regierungsbaumeister a. D. Dr. Schäfer,

seine als Anwalt der Unternehmer plädierte, und Herr Professor Hirsh pseudo-märtyrische Theorien vertrat, die der Verbandstag mit lächerlicher Unbedeutung als der Weisheiten leicht abweichen konnte. Ein Antrag der Opposition, der zum Jahreskongress des Kriegsausbruchs Stellung nimmt und die Einheit der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt fordert, wird noch Änderungen in Teile, gegen die die Opposition protestiert, angenommen.

Der Donnerstagabend bleibt wegen einer Belgienabfahrt freigeblieben.

Am dritten Verhandlungstag zeigte sich die ganze schrille Phrasologie Döhmanns dadurch, daß er in seinem Schlußwort nicht den Mut fand, die absolute Arbeitergemeinschaftlichen Ausführungen Leiparts zurückzuweisen. Im Gegenteil, er solidarisierte sich vollkommen mit ihnen und bewies damit, daß er ein treuer Diener seines Herrn ist. Deutlich ist die Rolle der Döhmanns in der Gewerkschaftsbewegung gefestigt.

Die Abstimmung des 2. Verhandlungstages waren die beiden Referate über „Wirtschaft und Gewerkschaften“. Der Vorstand hatte sich als Referenten 2 und 3 verabschiedet, von denen der eine, Regierungsbaumeister a. D. Dr. Schäfer,

seine als Anwalt der Unternehmer plädierte, und Herr Professor Hirsh pseudo-märtyrische Theorien vertrat, die der Verbandstag mit lächerlicher Unbedeutung als der Weisheiten leicht abweichen konnte. Ein Antrag der Opposition, der zum Jahreskongress des Kriegsausbruchs Stellung nimmt und die Einheit der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt fordert, wird noch Änderungen in Teile, gegen die die Opposition protestiert, angenommen.

Der Donnerstagabend bleibt wegen einer Belgienabfahrt

C | Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter und Beamte in dem Verbreitungsbezirk Dresden

COSWIG.

Johannes Heun
Spezialgeschäft für Herren- und
Frauen-Bekleidung

Rösschlächterei
Alfred Bauer

Edu-reparatur in 1 Tag
Schnellreparatur und Lebensmittel
Gesamiger Reparaturhandlung

Max Müller, Dresdner Straße 30

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000

1000